

## **Geszentwurf**

### **der Bundesregierung**

#### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Gesetz)**

##### **A. Problem und Ziel**

Zinnorganische Verbindungen, insbesondere Tributylzinn, werden als biozide Wirkstoffe in Antifoulingmitteln für Schiffsanstriche eingesetzt, um den Bewuchs von Schiffen durch Muscheln, Seepocken und Algen zu verhindern. Solche aus dem Anstrich freigesetzte Verbindungen belasten Flüsse und Meere, wirken giftig gegenüber Wasserorganismen und reichern sich in der Nahrungskette an. Infolgedessen kann eine gesundheitliche Beeinträchtigung der Verbraucher bei regelmäßigem Verzehr größerer Mengen kontaminierter Fische und anderer aus dem Wasser gewonnener Lebensmittel nicht ausgeschlossen werden.

Die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) hat unter maßgeblicher deutscher Beteiligung nach jahrelangen Verhandlungen 2001 das AFS-Übereinkommen verabschiedet, um ein weltweites Verbot zinnorganhaltiger Schiffsanstriche durchzusetzen.

Einen ersten Umsetzungsschritt stellt die Verordnung (EG) Nr. 782/2003 über das Verbot zinnorganischer Verbindungen auf Schiffen (ABl. EU 2003 Nr. L 115 S. 1) (TBT-Verordnung) mit Verwendungsverboten für solche Schiffsanstriche dar. Sie gilt zunächst nur für Schiffe unter der Flagge eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, ab 1. Januar 2008 aber für alle Schiffe ungeachtet ihrer Flagge, die einen Hafen in der Europäischen Union anlaufen.

Wegen der besonderen politischen Bedeutung dieses Übereinkommens für Deutschland soll diesem Übereinkommen nicht erst nach seinem völkerrechtlichen Inkrafttreten beigetreten werden.

**B. Lösung**

Durch das Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für den Beitritt zu dem Internationalen Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen herbeigeführt werden.

**C. Alternativen**

Keine, insbesondere auch deshalb nicht, weil die Europäische Kommission zum baldigen Beitritt drängt.

**D. Finanzielle Auswirkungen**

## 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

## 2. Vollzugsaufwand

Ein erhöhter Verwaltungsaufwand für Bund, Länder und Gemeinden ist durch die Ratifikation des Übereinkommens nicht zu erwarten, da die insoweit sich aus dem Übereinkommen ergebenden rechtlichen Verpflichtungen bereits durch das europäische Recht vorgeschrieben sind.

**E. Sonstige Kosten**

Da die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen im Wesentlichen bereits durch das europäische Recht vorgeschrieben sind, entstehen für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, keine höheren Kosten.


Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

**F. Bürokratiekosten**

- a) Für Unternehmen wird lediglich die Verpflichtung nach Artikel 9 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 des Übereinkommens über die Informationsgewährung neu eingeführt. Sie ist nur in Bezug auf den Adressaten neu, besteht nach ihrem Inhalt aber schon jetzt. Deshalb besteht für die Unternehmen kein nennenswerter zusätzlicher Aufwand, zumal solche Informationsgewährungen nur in seltenen Einzelfällen auftreten werden.
- b) Für die Verwaltung werden zwei Informationspflichten eingeführt. Sie betreffen nach Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens die Übermittlung eines Verzeichnisses der ernannten Besichtiger und/oder anerkannten Stellen (einmalige Erstellung und danach nur noch Dokumentierung von Änderungen) sowie die jährliche Angabe von zugelassenen, beschränkten oder verbotenen Bewuchsschutzsystemen. Ein nennenswerter zusätzlicher Aufwand entsteht nicht, weil die zu übermittelnden Informationen bereits für verwaltungseigene Zwecke vorliegen.
- c) Für Bürgerinnen und Bürger werden keine Informationspflichten eingeführt, geändert oder aufgehoben.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin,  18. Februar 2008

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Norbert Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von  
2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher  
Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Gesetz)

mit Begründung und Vorblatt.

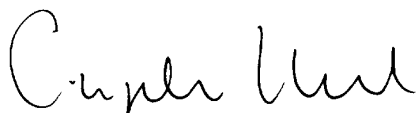
Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG  
ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 841. Sitzung am 15. Februar 2008 gemäß Artikel 76  
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine  
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen





**Entwurf**  
**Gesetz**  
**zu dem Internationalen Übereinkommen von 2001**  
**über die Beschränkung des Einsatzes**  
**schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen**  
**(AFS-Gesetz)**

**Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem in London am 5. Oktober 2001 von der Internationalen Konferenz über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme für Schiffe angenommenen Internationalen Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Der Hersteller eines zugelassenen, registrierten oder freigegebenen Bewuchsschutzsystems hat die Angaben nach Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens einer anderen Vertragspartei auf deren Anforderung zu liefern. § 22 Abs. 2 und 3 des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2090), das zuletzt durch Artikel 231 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, gilt sinngemäß.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer als Hersteller entgegen Absatz 1 Satz 1 die dort genannten Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig liefert. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach Landesrecht zuständige Behörde.

**Artikel 3**

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Änderungen des Übereinkommens nach seinem Artikel 16, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, in Kraft zu setzen. Rechtsverordnungen nach Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, wenn sie Regelungen enthalten, die von den Ländern als eigene Angelegenheit auszuführen sind.

**Artikel 4**

§ 3e des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2876), das zuletzt durch Artikel 319 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 4 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
2. In Nummer 5 wird am Ende das Wort „oder“ eingefügt.
3. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:
  - „6. von Artikel 13 des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Übereinkommen) (BGBl. ... II S. ...)“.

**Artikel 5**

Artikel 2 des MARPOL-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (BGBl. 1998 II S. 2546), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird
  - a) die Nummernbezeichnung „1.“ gestrichen,
  - b) nach den Wörtern „in Kraft zu setzen“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und
  - c) die Nummer 2 aufgehoben.
2. In Absatz 2 wird die Angabe „Nr. 1“ gestrichen.

**Artikel 6**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## **Begründung zum Vertragsgesetz**

### **Zu Artikel 1**

Das Übereinkommen konnte vom 1. Februar bis 31. Dezember 2002 gezeichnet werden; seitdem ist der Beitritt möglich.

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da das Übereinkommen sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da das Übereinkommen Regelungen enthält, deren Durchführung (Entsorgungs- und Schutzmaßnahmen nach Artikel 5) sowie Überwachung und Durchsetzung (Übermittlung von Informationen durch den Hersteller nach Artikel 9 Abs. 3) nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes den zuständigen Landesbehörden obliegt und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

### **Zu Artikel 2 bis 5**

Zur Durchführung des Übereinkommens sind nur wenige ergänzende gesetzliche Bestimmungen erforderlich, weil viele Bereiche bereits geregelt sind oder durch Verordnung regelbar sind. Auf ein besonderes Ausführungsgesetz kann deshalb verzichtet werden. Die Vorschriften beschränken sich deshalb auf

- die Verpflichtung des Herstellers, bestimmte Produktangaben zu liefern (Artikel 2),
- eine ergänzende Verordnungsermächtigung (Artikel 3),
- Anpassung des Seeaufgabengesetzes,
- Folgeänderung des MARPOL-Gesetzes.

#### **a) Zu Artikel 2**

Eine vergleichbare Verpflichtung, allerdings mit anderem Adressatenkreis, besteht bereits nach §§ 16 ff. des Chemikaliengesetzes. Eine durch Gesetz zu regelnde Verpflichtung ist erforderlich, weil ihr materieller Inhalt nicht nur einen Eingriff in den ausgeübten Gewerbebetrieb darstellt, sondern nach deutschem Verständnis auch in begrenztem Umfang die Preisgabe von Betriebsgeheimnissen bewirkt.

Im Hinblick darauf regelt Absatz 1 nicht nur diese Verpflichtung, sondern stellt durch Verweis auf § 22 Abs. 2 und 3 des Chemikaliengesetzes klar, wie solche Geheimnisse geschützt werden können und welche Angaben nicht als Geheimnis gelten.

Absatz 2 enthält die erforderliche Bußgeldvorschrift, um die Verpflichtung durchzusetzen. Absatz 3 bestimmt die zuständige Verwaltungsbehörde. Diese Vorschriften sind § 26 Abs. 1 Nr. 6, Abs. 2, 3 Nr. 3 des Chemikaliengesetzes nachgebildet.

#### **b) Zu Artikel 3**

Die Vorschrift enthält eine Verordnungsermächtigung nach dem Vorbild des bewährten Artikels 2 des MARPOL-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (BGBl. 1998 II S. 2546), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762) geändert worden ist. Sie ermöglicht die Inkraftsetzung künftiger Änderungen des Übereinkommens in einem vereinfachten Verfahren. Dabei ist durch Satz 2 sichergestellt, dass die Belange der Länder gewahrt werden.

#### **b) Zu Artikel 4**

Die Vorschrift enthält die zur Anwendung des Artikels 13 des Übereinkommens notwendige Änderung des Seeaufgabengesetzes und schafft die Anspruchsgrundlage für Ersatzansprüche für den Fall, dass ein Schiff bei einer Überprüfung unangemessen lange festgehalten wird.

## c) Zu Artikel 5

Die Prüfung zu der Frage, ob eine Verordnungsermächtigung in Artikel 3 des Gesetzes eingestellt werden müsse, um Vorschriften über Verstöße gegen das Übereinkommen durch Verordnung regeln zu können, wie in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des MARPOL-Gesetzes enthalten, hat ergeben, dass die §§ 9c und 15 Abs. 1 Nr. 2 des Seeaufgabengesetzes ausreichende Vorschriften enthalten. Sie wurden durch Artikel 1 Nr. 10 und 13 Buchstabe c des Gesetzes vom 15. Juli 1994 (BGBl. I S. 1554) eingefügt und können auch in Bezug auf das MARPOL-Übereinkommen angewandt werden. Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des MARPOL-Gesetzes ist deshalb nicht mehr notwendig und kann als Folgeänderung aufgehoben werden. Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe b des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung seeverkehrsrechtlicher, verkehrsrechtlicher und anderer Vorschriften mit Bezug zum Seerecht (BR-Drucksache 722/07) stellt durch Erhöhung des Bußgeldrahmens sicher, dass Verstöße gegen das MARPOL-Übereinkommen unverändert geahndet werden können.

**Zu Artikel 6**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Im Hinblick auf den Regelungsgehalt, insbesondere Artikel 16 des Übereinkommens, kommt eine Befristung nicht in Betracht.



Internationales Übereinkommen von 2001  
über die Beschränkung des  
Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen

International Convention  
on the Control of Harmful  
Anti-Fouling Systems on Ships, 2001

Convention internationale de 2001  
sur le contrôle des  
systèmes antisalissure nuisibles sur les navires

(Übersetzung)

The Parties to this Convention,

Les Parties à la présente Convention,

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

Noting that scientific studies and investigations by Governments and competent international organizations have shown that certain anti-fouling systems used on ships pose a substantial risk of toxicity and other chronic impacts to ecologically and economically important marine organisms and also that human health may be harmed as a result of the consumption of affected seafood,

Notant que les études scientifiques et enquêtes menées par les gouvernements et les organisations internationales compétentes ont démontré que certains systèmes antisalissure utilisés sur les navires présentent un risque de toxicité considérable pour des organismes marins écologiquement et économiquement importants, sur lesquels ils peuvent aussi avoir d'autres effets chroniques, et également que la consommation d'aliments d'origine marine affectés pourrait être dangereuse pour la santé de l'homme,

in Kenntnis der Tatsache, dass wissenschaftliche Studien und Untersuchungen durch Regierungen und zuständige internationale Organisationen gezeigt haben, dass von bestimmten auf Schiffen eingesetzten Bewuchsschutzsystemen eine erhebliche Gefahr der Vergiftung oder sonstiger lange anhaltender Beeinträchtigung ökologisch und ökonomisch bedeutender Meeresorganismen ausgeht, sowie in Kenntnis der Tatsache, dass durch den Genuss betroffener Meeresfrüchte die menschliche Gesundheit geschädigt werden kann;

Noting in particular the serious concern regarding anti-fouling systems that use organotin compounds as biocides and being convinced that the introduction of such organotins into the environment must be phased-out,

Notant en particulier les graves préoccupations suscitées par les systèmes antisalissure dans lesquels des composés organostanniques sont utilisés comme biocides, et étant convaincues que l'introduction de tels composés organostanniques dans le milieu marin doit être progressivement éliminée,

insbesondere in Kenntnis der ernststen Besorgnis über Bewuchsschutzsysteme, in denen zinnorganische Verbindungen als Biozide verwendet werden, und in der Überzeugung, dass die Einbringung dieser zinnorganischen Verbindungen in die Umwelt schrittweise unterbunden werden muss;

Recalling that Chapter 17 of Agenda 21 adopted by the United Nations Conference on Environment and Development, 1992, calls upon States to take measures to reduce pollution caused by organotin compounds used in anti-fouling systems,

Rappelant qu'au chapitre 17 du Programme «Action 21» adopté par la Conférence des Nations Unies de 1992 sur l'environnement et le développement il est demandé aux États de prendre des mesures pour réduire la pollution causée par les composés organostanniques présents dans les peintures antisalissure,

unter Hinweis darauf, dass in Kapitel 17 der von der Konferenz der Vereinten Nationen von 1992 über Umwelt und Entwicklung angenommenen Agenda 21 die Staaten dazu aufgerufen werden, Maßnahmen zur Verringerung der Verschmutzung zu treffen, die von in Bewuchsschutzsystemen für Schiffe verwendeten zinnorganischen Verbindungen verursacht wird;

Recalling also that resolution A.895(21), adopted by the Assembly of the International Maritime Organization on 25 November 1999, urges the Organization's Marine Environment Protection Committee (MEPC) to work towards the expeditious development of a global legally binding instrument to address the harmful effects of anti-fouling systems as a matter of urgency,

Rappelant également que l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale, par sa résolution A.895(21) adoptée le 25 novembre 1999, a prié instamment le Comité de la protection du milieu marin (MEPC) de l'Organisation d'œuvrer en vue de l'élaboration dans les meilleurs délais d'un instrument mondial juridiquement obligatoire pour faire face de toute urgence aux effets nuisibles des systèmes antisalissure,

sowie unter Hinweis darauf, dass in der am 25. November 1999 von der Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommenen Entschließung A.895(21) der Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt aufgefordert wird, als vordringliche Angelegenheit auf die rasche Erarbeitung einer weltweit geltenden rechtsverbindlichen Übereinkunft hinzuwirken, die sich mit den schädlichen Auswirkungen von Bewuchsschutzsystemen befasst;

Mindful of the precautionary approach set out in Principle 15 of the Rio Declara-

Consciente de l'approche de précaution qui a été établie en vertu du Principe 15 de

eingedenk des Vorsorgeprinzips, das in Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über

tion on Environment and Development and referred to in resolution MEPC.67(37) adopted by MEPC on 15 September 1995,

Recognizing the importance of protecting the marine environment and human health from adverse effects of anti-fouling systems,

Recognizing also that the use of anti-fouling systems to prevent the build-up of organisms on the surface of ships is of critical importance to efficient commerce, shipping and impeding the spread of harmful aquatic organisms and pathogens,

Recognizing further the need to continue to develop anti-fouling systems which are effective and environmentally safe and to promote the substitution of harmful systems by less harmful systems or preferably harmless systems,

Have agreed as follows:

#### Article 1

##### General Obligations

(1) Each Party to this Convention undertakes to give full and complete effect to its provisions in order to reduce or eliminate adverse effects on the marine environment and human health caused by anti-fouling systems.

(2) The Annexes form an integral part of this Convention. Unless expressly provided otherwise, a reference to this Convention constitutes at the same time a reference to its Annexes.

(3) No provision of this Convention shall be interpreted as preventing a State from taking, individually or jointly, more stringent measures with respect to the reduction or elimination of adverse effects of anti-fouling systems on the environment, consistent with international law.

(4) Parties shall endeavour to co-operate for the purpose of effective implementation, compliance and enforcement of this Convention.

(5) The Parties undertake to encourage the continued development of anti-fouling systems that are effective and environmentally safe.

#### Article 2

##### Definitions

For the purposes of this Convention, unless expressly provided otherwise:

la Déclaration de Rio sur l'environnement et le développement et qui est mentionnée dans la résolution MEPC.67(37) adoptée par le MEPC le 15 septembre 1995,

Reconnaissant qu'il est important de protéger le milieu marin et la santé de l'homme contre les effets défavorables des systèmes antisalissure,

Reconnaissant également que l'utilisation de systèmes antisalissure destinés à prévenir l'accumulation d'organismes sur la surface des navires est d'une importance cruciale pour garantir l'efficacité du commerce et des transports maritimes et pour empêcher la propagation d'organismes aquatiques nuisibles et d'agents pathogènes,

Reconnaissant en outre qu'il est nécessaire de poursuivre la mise au point de systèmes antisalissure qui soient efficaces et sans danger pour l'environnement et d'encourager le remplacement de systèmes nuisibles par des systèmes moins nuisibles ou, de préférence, non nuisibles,

Sont convenues de ce qui suit:

#### Article 1

##### Obligations générales

1) Chaque Partie à la présente Convention s'engage à donner plein et entier effet à ses dispositions afin de réduire ou d'éliminer les effets défavorables des systèmes antisalissure sur le milieu marin et sur la santé de l'homme.

2) Les Annexes font partie intégrante de la présente Convention. Sauf disposition expresse contraire, toute référence à la présente Convention constitue en même temps une référence à ses Annexes.

3) Aucune disposition de la présente Convention n'est interprétée comme empêchant un État de prendre, individuellement ou conjointement, des mesures plus rigoureuses destinées à réduire ou éliminer les effets défavorables des systèmes antisalissure sur l'environnement, en conformité avec le droit international.

4) Les Parties s'efforcent de coopérer aux fins de garantir la mise en œuvre, le respect et la mise en application effectifs de la présente Convention.

5) Les Parties s'engagent à promouvoir le développement continu de systèmes antisalissure qui soient efficaces et sans danger pour l'environnement.

#### Article 2

##### Définitions

Aux fins de la présente Convention, sauf disposition expresse contraire:

Umwelt und Entwicklung niedergelegt ist und auf das die am 15. September 1995 vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt angenommene EntschlieÙung MEPC.67(37) Bezug nimmt;

in der Erkenntnis, dass es wichtig ist, die Meeresumwelt und die menschliche Gesundheit vor den nachteiligen Auswirkungen von Bewuchsschutzsystemen zu schützen;

sowie in der Erkenntnis, dass die Verwendung von Bewuchsschutzsystemen zur Verhütung der Anlagerung von Organismen auf Schiffsaußenflächen von entscheidender Bedeutung für einen effizienten Handel und eine effiziente Seeschifffahrt sowie für die Eindämmung der Ausbreitung schädlicher Wasserorganismen und Krankheitserreger ist;

ferner in Erkenntnis der Notwendigkeit, weiterhin wirksame und umweltverträgliche Bewuchsschutzsysteme zu entwickeln, sowie das Ersetzen schädlicher Systeme durch weniger schädliche oder vorzugsweise unschädliche Systeme zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

##### Allgemeine Verpflichtungen

(1) Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens verpflichtet sich, seinen Bestimmungen in vollem Umfang Wirksamkeit zu verleihen, damit durch Bewuchsschutzsysteme verursachte nachteilige Auswirkungen auf die Meeresumwelt und auf die menschliche Gesundheit verringert oder beseitigt werden.

(2) Die Anlagen sind Bestandteil dieses Übereinkommens. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gilt eine Bezugnahme auf dieses Übereinkommen gleichzeitig als Bezugnahme auf seine Anlagen.

(3) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Staat daran, einzeln oder mit anderen zusammen mit dem Völkerrecht im Einklang stehende strengere Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung nachteiliger Auswirkungen von Bewuchsschutzsystemen auf die Umwelt zu treffen.

(4) Die Vertragsparteien sind bestrebt, zum Zweck der wirksamen Durchführung, Einhaltung und Durchsetzung dieses Übereinkommens zusammenzuarbeiten.

(5) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die weitere Entwicklung von wirksamen und umweltverträglichen Bewuchsschutzsystemen zu fördern.

#### Artikel 2

##### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens haben, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <p>(1) "Administration" means the Government of the State under whose authority the ship is operating. With respect to a ship entitled to fly a flag of a State, the Administration is the Government of that State. With respect to fixed or floating platforms engaged in exploration and exploitation of the sea-bed and subsoil thereof adjacent to the coast over which the coastal State exercises sovereign rights for the purposes of exploration and exploitation of their natural resources, the Administration is the Government of the coastal State concerned.</p> | <p>1) «Administration» désigne le gouvernement de l'État sous l'autorité duquel le navire est exploité. Dans le cas d'un navire autorisé à battre le pavillon d'un État, l'Administration est le gouvernement de cet État. Dans le cas des plates-formes fixes ou flottantes affectées à l'exploration et à l'exploitation des fonds marins et de leur sous-sol adjacents aux côtes sur lesquelles l'État côtier exerce des droits souverains aux fins de l'exploration et de l'exploitation de leurs ressources naturelles, l'Administration est le gouvernement de l'État côtier intéressé.</p> | <p>1. Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, unter dessen Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird. Bei einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, ist die Verwaltung die Regierung dieses Staates. Bei festen oder schwimmenden Plattformen, die zur Erforschung und Ausbeutung des an die Küste angrenzenden Meeresbodens und Meeresuntergrunds eingesetzt sind, über die der Küstenstaat Hoheitsrechte in Bezug auf die Erforschung und Ausbeutung ihrer Natur-schätze ausübt, ist die Verwaltung die Regierung des betreffenden Küstenstaats.</p> |
| <p>(2) "Anti-fouling system" means a coating, paint, surface treatment, surface, or device that is used on a ship to control or prevent attachment of unwanted organisms.</p>   | <p>2) «Système antisalissure» désigne un revêtement, une peinture, un traitement de la surface, une surface ou un dispositif qui est utilisé sur un navire pour contrôler ou empêcher le dépôt d'organismes indésirables.</p>   | <p>2. Der Ausdruck „Bewuchsschutzsystem“ bezeichnet eine Beschichtung, Farbe, Oberflächenbehandlung, Oberfläche oder Vorrichtung, die auf einem Schiff benutzt wird, um die Anlage- rung unerwünschter Organismen einzudämmen oder zu verhindern.</p>  |
| <p>(3) "Committee" means the Marine Environment Protection Committee of the Organization.</p>   | <p>3) «Comité» désigne le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation.</p>  | <p>3. Der Ausdruck „Ausschuss“ bezeichnet den Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt.</p>  |
| <p>(4) "Gross tonnage" means the gross tonnage calculated in accordance with the tonnage measurement regulations contained in Annex I to the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969, or any successor Convention.</p>   | <p>4) «Jauge brute» désigne la jauge brute calculée conformément aux règles sur le jaugeage énoncées à l'Annexe I de la Convention internationale de 1969 sur le jaugeage des navires, ou dans toute convention qui lui succéderait.</p>  | <p>4. Der Ausdruck „Bruttoreaumzahl“ bezeichnet die nach den Vermessungsregeln in Anlage I des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 oder in einem etwaigen Nachfolge-Übereinkommen berechnete Bruttoreumzahl.</p>  |
| <p>(5) "International voyage" means a voyage by a ship entitled to fly the flag of one State to or from a port, shipyard, or offshore terminal under the jurisdiction of another State.</p>   | <p>5) «Voyage international» désigne un voyage effectué par un navire autorisé à battre le pavillon d'un État à destination ou en provenance d'un port, d'un chantier naval ou d'un terminal au large relevant de la juridiction d'un autre État.</p>   | <p>5. Der Ausdruck „Auslandfahrt“ bezeichnet eine Reise eines Schiffes, das die Flagge eines Staates zu führen berechtigt ist, zu oder von einem Hafen, einer Werft oder einem der Küste vorgelagerten Umschlagplatz im Hoheitsbereich eines anderen Staates.</p>  |
| <p>(6) "Length" means the length as defined in the International Convention on Load Lines, 1966, as modified by the Protocol of 1988 relating thereto, or any successor Convention.</p>   | <p>6) «Longueur» désigne la longueur définie dans la Convention internationale de 1966 sur les lignes de charge telle que modifiée par le Protocole de 1988 y relatif, ou dans toute convention qui lui succéderait.</p>  | <p>6. Der Ausdruck „Länge“ bezeichnet die Länge gemäß der Begriffsbestimmung im Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966 in der Fassung des Protokolls von 1988 zu jenem Übereinkommen oder in einem etwaigen Nachfolge-Übereinkommen.</p>  |
| <p>(7) "Organization" means the International Maritime Organization.</p>  | <p>7) «Organisation» désigne l'Organisation maritime internationale.</p>  | <p>7. Der Ausdruck „Organisation“ bezeichnet die Internationale Seeschiffahrts-Organisation.</p>   |
| <p>(8) "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.</p>   | <p>8) «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation.</p>   | <p>8. Der Ausdruck „Generalsekretär“ bezeichnet den Generalsekretär der Organisation.</p>  |
| <p>(9) "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating in the marine environment and includes hydrofoil boats, air-cushion vehicles, submersibles, floating craft, fixed or floating platforms, floating storage units (FSUs) and floating production storage and off-loading units (FPSOs).</p>   | <p>9) «Navire» désigne un bâtiment de quelque type que ce soit exploité en milieu marin et englobe les hydroptères, les aéroglisseurs, les engins submersibles, les engins flottants, les plates-formes fixes ou flottantes, les unités flottantes de stockage (FSU) et les unités flottantes de production, de stockage et de déchargement (FPSO).</p>   | <p>9. Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug beliebiger Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird, und schließt Tragflächenboote, Luftkissenfahrzeuge, Unterwassergerät, schwimmendes Gerät, feste oder schwimmende Plattformen, schwimmende Lagereinheiten sowie schwimmende Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten ein.</p>  |
| <p>(10) "Technical Group" is a body comprised of representatives of the Parties, Members of the Organization, the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the</p>   | <p>10) «Groupe technique» désigne un organe composé de représentants des Parties, des Membres de l'Organisation, de l'ONU et de ses institutions spécialisées, d'organisations intergouvernementales ayant conclu des</p>   | <p>10. Eine „Facharbeitsgruppe“ ist ein Gremium, das sich aus Vertretern der Vertragsparteien, von Mitgliedern der Organisation, der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, von zwischenstaatlichen Organisationen,</p>  |

Organization, and non-governmental organizations in consultative status with the Organization, which should preferably include representatives of institutions and laboratories that engage in anti-fouling system analysis. These representatives shall have expertise in environmental fate and effects, toxicological effects, marine biology, human health, economic analysis, risk management, international shipping, anti-fouling systems coating technology, or other fields of expertise necessary to objectively review the technical merits of a comprehensive proposal.

accords avec l'Organisation et d'organisations non gouvernementales dotées du statut consultatif auprès de l'Organisation, qui devrait comprendre de préférence des représentants d'établissements et de laboratoires se livrant à l'analyse des systèmes antisalissure. Ces représentants doivent être des experts dans les domaines du devenir dans l'environnement et des effets sur l'environnement, des effets toxiques, de la biologie marine, de la santé de l'homme, de l'analyse économique, de la gestion des risques, des transports maritimes internationaux, des techniques de revêtement des systèmes antisalissure ou d'autres domaines spécialisés nécessaires pour étudier de manière objective le bien-fondé sur le plan technique d'une proposition détaillée.

die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie von nicht-staatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation zusammensetzt, zu denen möglichst Vertreter von Einrichtungen und Laboratorien gehören sollen, in denen Analysen von Bewuchsschutzsystemen durchgeführt werden. Diese Vertreter müssen über Fachkenntnisse auf den Gebieten Verhalten von Stoffen in der Umwelt und Auswirkungen von Stoffen auf die Umwelt (environmental fate and effects), toxikologische Auswirkungen, Meeresbiologie, menschliche Gesundheit, wirtschaftliche Analyse, Risikomanagement, internationale Schifffahrt, Beschichtungstechnik bei Bewuchsschutzsystemen oder über sonstige Fachkenntnisse verfügen, die zur objektiven Beurteilung der fachlichen Vor- und Nachteile eines umfassenden Vorschlags erforderlich sind.

### Article 3

#### Application

(1) Unless otherwise specified in this Convention, this Convention shall apply to:

- (a) ships entitled to fly the flag of a Party;
- (b) ships not entitled to fly the flag of a Party, but which operate under the authority of a Party; and
- (c) ships that enter a port, shipyard, or off-shore terminal of a Party, but do not fall within subparagraph (a) or (b).

(2) This Convention shall not apply to any warships, naval auxiliary, or other ships owned or operated by a Party and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing operations or operational capabilities of such ships owned or operated by it, that such ships act in a manner consistent, so far as is reasonable and practicable, with this Convention.

(3) With respect to the ships of non-Parties to this Convention, Parties shall apply the requirements of this Convention as may be necessary to ensure that no more favourable treatment is given to such ships.

### Article 4

#### Controls on Anti-Fouling Systems

(1) In accordance with the requirements specified in Annex 1, each Party shall prohibit and/or restrict:

### Article 3

#### Application

1) Sauf disposition expresse contraire de la présente Convention, celle-ci s'applique:

- a) aux navires qui sont autorisés à battre le pavillon d'une Partie;
- b) aux navires qui ne sont pas autorisés à battre le pavillon d'une Partie mais qui sont exploités sous l'autorité d'une Partie; et
- c) aux navires qui entrent dans un port, un chantier naval ou un terminal au large d'une Partie mais qui ne sont pas visés aux alinéas a) ou b).

2) La présente Convention ne s'applique pas aux navires de guerre, aux navires de guerre auxiliaires ou autres navires appartenant à une Partie ou exploités par elle et utilisés exclusivement, à l'époque considérée, pour un service public non commercial. Toutefois, chaque Partie s'assure, en prenant des mesures appropriées qui ne compromettent pas les opérations ou la capacité opérationnelle des navires de ce type lui appartenant ou exploités par elle, que ceux-ci agissent d'une manière compatible avec la présente Convention, pour autant que cela soit raisonnable et possible dans la pratique.

3) Dans le cas des navires d'États non Parties à la présente Convention, les Parties appliquent les prescriptions de la présente Convention dans la mesure nécessaire pour que ces navires ne bénéficient pas d'un traitement plus favorable.

### Article 4

#### Mesures de contrôle des systèmes antisalissure

1) Conformément aux prescriptions spécifiées à l'Annexe 1, chaque Partie interdit et/ou limite:

### Artikel 3

#### Anwendungsbereich

(1) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, gilt dieses Übereinkommen für

- a) Schiffe, die berechtigt sind, die Flagge einer Vertragspartei zu führen;
- b) Schiffe, die nicht berechtigt sind, die Flagge einer Vertragspartei zu führen, die jedoch unter der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei betrieben werden;
- c) Schiffe, die einen Hafen, eine Werft oder einen der Küste vorgelagerten Umschlagplatz einer Vertragspartei anlaufen, ohne unter den Buchstaben a oder b zu fallen.

(2) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe und sonstige einer Vertragspartei gehörende oder von ihr betriebene Schiffe, die derzeit im Staatsdienst stehen und ausschließlich anderen als Handelszwecken dienen. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete, den Betrieb oder die Betriebsfähigkeit nicht beeinträchtigende Maßnahmen sicher, dass derartige ihr gehörende oder von ihr betriebene Schiffe soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

(3) Auf Schiffe von Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens wenden die Vertragsparteien die Vorschriften dieses Übereinkommens in dem notwendigen Umfang an, um sicherzustellen, dass solche Schiffe keine günstigere Behandlung erfahren.

### Artikel 4

#### Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen

(1) Nach Maßgabe der in Anlage 1 enthaltenen Vorschriften verbietet und/oder beschränkt jede Vertragspartei

- (a) the application, re-application, installation, or use of harmful anti-fouling systems on ships referred to in article 3(1)(a) or (b); and
- (b) the application, re-application, installation or use of such systems, whilst in a Party's port, shipyard, or offshore terminal, on ships referred to in article 3(1)(c),

and shall take effective measures to ensure that such ships comply with those requirements.

(2) Ships bearing an anti-fouling system which is controlled through an amendment to Annex 1 following entry into force of this Convention may retain that system until the next scheduled renewal of that system, but in no event for a period exceeding 60 months following application, unless the Committee decides that exceptional circumstances exist to warrant earlier implementation of the control.

#### Article 5

##### Controls of Annex 1 Waste Materials

Taking into account international rules, standards and requirements, a Party shall take appropriate measures in its territory to require that wastes from the application or removal of an anti-fouling system controlled in Annex 1 are collected, handled, treated and disposed of in a safe and environmentally sound manner to protect human health and the environment.

#### Article 6

##### Process for Proposing Amendments to Controls on Anti-Fouling Systems

(1) Any Party may propose an amendment to Annex 1 in accordance with this article.

(2) An initial proposal shall contain the information required in Annex 2, and shall be submitted to the Organization. When the Organization receives a proposal, it shall bring the proposal to the attention of the Parties, Members of the Organization, the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the Organization and non-governmental organizations in consultative status with the Organization and shall make it available to them.

(3) The Committee shall decide whether the anti-fouling system in question war-

- a) l'application, la réapplication, l'installation ou l'utilisation de systèmes antisalissure nuisibles sur les navires visés à l'alinéa a) ou b) de l'article 3 1); et
- b) l'application, la réapplication, l'installation ou l'utilisation de tels systèmes sur les navires visés à l'article 3 1) c) lorsqu'ils se trouvent dans un port, un chantier naval ou un terminal au large d'une Partie,

et prend des mesures effectives pour veiller à ce que ces navires satisfassent à ces prescriptions.

2) Les navires dotés d'un système antisalissure qui est soumis à une mesure de contrôle résultant d'un amendement à l'Annexe 1 après l'entrée en vigueur de la présente Convention peuvent conserver ce système jusqu'à la date prévue pour son remplacement, cette période ne devant toutefois en aucun cas dépasser 60 mois après l'application du système, à moins que le Comité ne décide qu'il existe des circonstances exceptionnelles qui justifient d'appliquer plus tôt la mesure de contrôle.

#### Article 5

##### Mesures de contrôle des déchets relevant de l'Annexe 1

Compte tenu des règles, normes et prescriptions internationales, une Partie prend des mesures appropriées sur son territoire pour exiger que les déchets résultant de l'application ou de l'enlèvement d'un système antisalissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1 soient collectés, manutentionnés, traités et évacués d'une manière sûre et écologiquement rationnelle afin de protéger la santé de l'homme et l'environnement.

#### Article 6

##### Procédure à suivre pour proposer des amendements aux mesures de contrôle des systèmes antisalissure

1) Toute Partie peut proposer un amendement à l'Annexe 1 conformément au présent article.

2) Une proposition initiale doit contenir les renseignements prescrits à l'Annexe 2 et être soumise à l'Organisation. Lorsque l'Organisation reçoit une proposition, elle la porte à l'attention des Parties, des Membres de l'Organisation, de l'ONU et de ses institutions spécialisées, des organisations intergouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et des organisations non gouvernementales dotées du statut consultatif, et leur en communique le texte.

3) Le Comité décide si le système antisalissure en question appelle une étude plus

- a) die Aufbringung, Wiederaufbringung, Anbringung oder Verwendung schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a oder b genannten Schiffen und
- b) die Aufbringung, Wiederaufbringung, Anbringung oder Verwendung solcher Systeme auf den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c genannten Schiffen während deren Aufenthalts in einem Hafen, in einer Werft oder an einem der Küste vorgelagerten Umschlagplatz einer Vertragspartei

und trifft wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Schiffe die betreffenden Vorschriften erfüllen.

(2) Schiffe mit einem Bewuchsschutzsystem, das aufgrund einer nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens vorgenommenen Änderung der Anlage 1 einer Beschränkungsmaßnahme unterliegt, dürfen dieses System bis zu seiner nächsten planmäßigen Erneuerung, längstens jedoch für einen Zeitraum von 60 Monaten nach seiner Aufbringung beibehalten, sofern nicht der Ausschuss beschließt, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine frühere Umsetzung der Beschränkungsmaßnahme rechtfertigen.

#### Artikel 5

##### Kontrollmaßnahmen in Bezug auf Abfälle im Sinne der Anlage 1

Jede Vertragspartei trifft in ihrem Hoheitsgebiet unter Berücksichtigung internationaler Regeln, Normen und Vorschriften geeignete Maßnahmen, um vorzuschreiben, dass Abfälle aus der Aufbringung oder Entfernung eines Bewuchsschutzsystems, das einer Beschränkungsmaßnahme nach Anlage 1 unterliegt, auf sichere und umweltverträgliche Art und Weise gesammelt, umgeschlagen, behandelt und beseitigt werden, um so die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen.

#### Artikel 6

##### Vorschlagsverfahren für die Änderung von Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen

(1) Jede Vertragspartei kann nach Maßgabe dieses Artikels eine Änderung der Anlage 1 vorschlagen.

(2) Ein erster Vorschlag muss die in Anlage 2 vorgeschriebenen Angaben enthalten und ist der Organisation vorzulegen. Geht bei der Organisation ein Vorschlag ein, so unterrichtet sie die Vertragsparteien, die Mitglieder der Organisation, die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, die zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie die nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation über diesen Vorschlag und macht ihn diesen Stellen zugänglich.

(3) Der Ausschuss entscheidet darüber, ob bezüglich des betreffenden Bewuchs-



rants a more in-depth review based on the initial proposal. If the Committee decides that further review is warranted, it shall require the proposing Party to submit to the Committee a comprehensive proposal containing the information required in Annex 3, except where the initial proposal also includes all the information required in Annex 3. Where the Committee is of the view that there is a threat of serious or irreversible damage, lack of full scientific certainty shall not be used as a reason to prevent a decision to proceed with the evaluation of the proposal. The Committee shall establish a technical group in accordance with article 7.

(4) The technical group shall review the comprehensive proposal along with any additional data submitted by any interested entity and shall evaluate and report to the Committee whether the proposal has demonstrated a potential for unreasonable risk of adverse effects on non-target organisms or human health such that the amendment of Annex 1 is warranted. In this regard:

(a) The technical group's review shall include:

- (i) an evaluation of the association between the anti-fouling system in question and the related adverse effects observed either in the environment or on human health, including, but not limited to, the consumption of affected seafood, or through controlled studies based on the data described in Annex 3 and any other relevant data which come to light;
- (ii) an evaluation of the potential risk reduction attributable to the proposed control measures and any other control measures that may be considered by the technical group;
- (iii) consideration of available information on the technical feasibility of control measures and the cost-effectiveness of the proposal;
- (iv) consideration of available information on other effects from the introduction of such control measures relating to:
  - the environment (including, but not limited to, the cost of inaction and the impact on air quality);

approfondie en se fondant sur la proposition initiale. Si le Comité décide qu'une plus ample étude est justifiée, il demande à la Partie dont émane la proposition de lui soumettre une proposition détaillée contenant les renseignements prescrits à l'Annexe 3, sauf si ceux-ci figurent déjà dans la proposition initiale. Si le Comité estime qu'il existe un risque de dommage grave ou irréversible, l'absence de certitude scientifique absolue ne doit pas être invoquée pour l'empêcher de décider de procéder à l'évaluation de la proposition. Le Comité constitue un groupe technique conformément à l'article 7.

4) Le groupe technique étudie la proposition détaillée ainsi que les données supplémentaires qui auraient pu être soumises par toute entité intéressée et, après avoir procédé à une évaluation, indique au Comité si la proposition a démontré qu'il pouvait exister un risque excessif d'effets défavorables sur des organismes non ciblés ou sur la santé de l'homme qui justifie un amendement à l'Annexe 1. À cet égard:

a) l'étude du groupe technique consiste à:

- i) évaluer le lien entre le système anti-salissure en question et les effets défavorables connexes qui ont été observés, soit dans l'environnement ou sur la santé de l'homme, y compris mais sans s'y limiter, par la consommation d'aliments d'origine marine affectés, soit au moyen d'études contrôlées, en se fondant sur les données décrites à l'Annexe 3 et toutes autres données pertinentes mises en évidence;
- ii) évaluer la réduction du risque potentiel due aux mesures de contrôle proposées et à toute autre mesure de contrôle que le groupe technique pourrait envisager;
- iii) examiner les renseignements disponibles sur la faisabilité technique des mesures de contrôle et le rapport coût-efficacité de la proposition;
- iv) examiner les renseignements disponibles sur les autres effets qu'aurait l'introduction de telles mesures de contrôle en ce qui concerne:
  - l'environnement (y compris, sans toutefois s'y limiter, le coût de l'inaction, et l'incidence sur la qualité de l'air);

schutzsystems eine gründlichere Überprüfung auf der Grundlage des ersten Vorschlags erforderlich ist. Entscheidet der Ausschuss, dass eine weitere Überprüfung gerechtfertigt ist, so fordert er die vorschlagende Vertragspartei auf, dem Ausschuss einen umfassenden Vorschlag vorzulegen, der die in Anlage 3 vorgeschriebenen Angaben enthält; dies gilt nicht, wenn bereits der erste Vorschlag alle in Anlage 3 vorgeschriebenen Angaben enthält. Ist der Ausschuss der Auffassung, dass ein schwerwiegender oder nicht wiedergutzumachender Schaden droht, so darf das Fehlen vollständiger Gewissheit nach wissenschaftlichen Kriterien nicht als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, eine Entscheidung darüber zu verhindern, mit der Bewertung des Vorschlags fortzufahren. Der Ausschuss richtet eine Facharbeitsgruppe nach Artikel 7 ein.

(4) Die Facharbeitsgruppe überprüft den umfassenden Vorschlag sowie die von einer betroffenen Stelle gegebenenfalls vorgelegten zusätzlichen Daten, bewertet den Vorschlag und berichtet dem Ausschuss, ob sich in dem Vorschlag möglicherweise Anhaltspunkte für ein unverhältnismäßiges Risiko nachteiliger Auswirkungen auf Organismen außerhalb des Zielspektrums oder auf die menschliche Gesundheit finden, so dass die Änderung der Anlage 1 gerechtfertigt ist. Diesbezüglich

a) beinhaltet die Überprüfung durch die Facharbeitsgruppe

- i) eine Bewertung des Zusammenhangs zwischen dem betreffenden Bewuchsschutzsystem und den von ihm ausgehenden nachteiligen Auswirkungen, die entweder in der Umwelt oder an der menschlichen Gesundheit, unter anderem aufgrund des Verzehrs von aus dem Meer stammenden betroffenen Nahrungsmitteln, oder durch begleitete Untersuchungen auf der Grundlage der in Anlage 3 beschriebenen oder etwaiger sonstiger bekannt werdender einschlägiger Daten beobachtet worden sind;
- ii) eine Bewertung der möglichen Gefahrenminderung aufgrund der vorgeschlagenen Beschränkungsmaßnahmen und etwaiger anderer Beschränkungsmaßnahmen, die von der Facharbeitsgruppe möglicherweise in Betracht gezogen werden;
- iii) die Prüfung verfügbarer Informationen über die technische Durchführbarkeit von Beschränkungsmaßnahmen und über das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Vorschlags;
- iv) die Prüfung verfügbarer Informationen über weitere Auswirkungen der Einführung solcher Beschränkungsmaßnahmen betreffend
  - die Umwelt (unter anderem die Kosten im Fall von Untätigkeit und die Auswirkungen auf die Luftqualität);

- shipyard health and safety concerns (i. e. effects on shipyard workers);
- the cost to international shipping and other relevant sectors; and
- (v) consideration of the availability of suitable alternatives, including a consideration of the potential risks of alternatives.
- (b) The technical group's report shall be in writing and shall take into account each of the evaluations and considerations referred to in subparagraph (a), except that the technical group may decide not to proceed with the evaluations and considerations described in subparagraph (a)(ii) through (a)(v) if it determines after the evaluation in subparagraph (a)(i) that the proposal does not warrant further consideration.
- (c) The technical group's report shall include, *inter alia*, a recommendation on whether international controls pursuant to this Convention are warranted on the anti-fouling system in question, on the suitability of the specific control measures suggested in the comprehensive proposal, or on other control measures which it believes to be more suitable.
- (5) The technical group's report shall be circulated to the Parties, Members of the Organization, the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the Organization and non-governmental organizations in consultative status with the Organization, prior to its consideration by the Committee. The Committee shall decide whether to approve any proposal to amend Annex 1, and any modifications thereto, if appropriate, taking into account the technical group's report. If the report finds a threat of serious or irreversible damage, lack of full scientific certainty shall not, itself, be used as a reason to prevent a decision from being taken to list an anti-fouling system in Annex 1. The proposed amendments to Annex 1, if approved by the Committee, shall be circulated in accordance with article 16(2)(a). A decision not to approve the proposal shall not preclude future submission of a new proposal with respect to a particular anti-fouling system if new information comes to light.
- les problèmes de santé et de sécurité pour les chantiers navals (à savoir les effets sur les ouvriers de ces chantiers);
- le coût pour les transports maritimes internationaux et autres secteurs intéressés; et
- v) examiner les solutions de rechange appropriées qui pourraient être disponibles, y compris les risques potentiels liés à ces solutions;
- b) le rapport du groupe technique est soumis par écrit et tient compte de chacune des évaluations et de chacun des examens visés à l'alinéa a); le groupe technique peut toutefois décider de ne pas procéder aux évaluations et examens décrits aux alinéas a) ii) à a) v) s'il juge, à l'issue de l'évaluation décrite à l'alinéa a) i), que la proposition ne mérite pas d'être examinée plus avant;
- c) le rapport du groupe technique inclut entre autres une recommandation indiquant si les mesures de contrôle internationales prévues en application de la présente Convention sont justifiées pour le système antisalissure en question, si les mesures de contrôle spécifiques suggérées dans la proposition détaillée sont appropriées ou si d'autres mesures de contrôle sont considérées par le Groupe comme étant plus adaptées.
- 5) Le rapport du groupe technique est diffusé aux Parties, aux Membres de l'Organisation, à l'ONU et à ses institutions spécialisées, aux organisations gouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et aux organisations non gouvernementales dotées du statut consultatif auprès de l'Organisation, avant son examen par le Comité. Le Comité décide s'il convient d'approuver une proposition d'amendement à l'Annexe 1 et, le cas échéant, des modifications de cette proposition, compte tenu du rapport du groupe technique. Si le rapport indique un risque de dommage grave ou irréversible, l'absence de certitude scientifique absolue ne doit pas, en soi, être invoquée pour empêcher le Comité de décider d'inscrire un système antisalissure à l'Annexe 1. Les propositions d'amendements à l'Annexe 1, si elles sont approuvées par le Comité, sont diffusées conformément à l'article 16 2) a). La décision de ne pas approuver une proposition n'exclut pas la soumission ultérieure d'une nouvelle proposition eu égard à un système antisalissure donné si de nouvelles informations sont mises en évidence.
- Gesundheits- und Sicherheitsprobleme auf den Werften (das heißt Auswirkungen auf die Werftarbeiter);
- die Kosten für die internationale Schifffahrt und weitere betroffene Wirtschaftszweige sowie
- v) die Prüfung der Verfügbarkeit geeigneter Alternativen einschließlich der Prüfung der mit diesen Alternativen möglicherweise verbundenen Risiken.
- b) Der Bericht der Facharbeitsgruppe ist schriftlich vorzulegen und muss jede einzelne der unter Buchstabe a) genannten Bewertungen und Prüfungen berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn die Facharbeitsgruppe beschließt, mit den unter Buchstabe a) Ziffern ii bis v beschriebenen Bewertungen und Prüfungen nicht fortzufahren, wenn sie nach der unter Buchstabe a) Ziffer i vorgesehenen Bewertung feststellt, dass der Vorschlag keine weitere Prüfung erfordert.
- c) Der Bericht der Facharbeitsgruppe muss unter anderem eine Empfehlung enthalten, aus der hervorgeht, ob internationale Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Übereinkommen bezüglich des betreffenden Bewuchsschutzsystems gerechtfertigt sind, ob die in dem umfassenden Vorschlag vorgeschlagenen konkreten Beschränkungsmaßnahmen zweckmäßig sind oder ob andere Beschränkungsmaßnahmen von der Facharbeitsgruppe für geeigneter gehalten werden.
- (5) Der Bericht der Facharbeitsgruppe ist vor seiner Prüfung durch den Ausschuss folgenden Stellen zu übermitteln: den Vertragsparteien, den Mitgliedern der Organisation, den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, den zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie den nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation. Der Ausschuss entscheidet unter Berücksichtigung des Berichts der Facharbeitsgruppe, ob er einen Vorschlag zur Änderung der Anlage 1 und gegebenenfalls Änderungen des Vorschlags genehmigt. Enthält der Bericht die Feststellung, dass ein schwerwiegender oder nicht wiedergutzumachender Schaden droht, so darf das Fehlen vollständiger Gewissheit nach wissenschaftlichen Kriterien allein nicht als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, eine Entscheidung über die Aufnahme eines Bewuchsschutzsystems in Anlage 1 zu verhindern. Werden die vorgeschlagenen Änderungen der Anlage 1 vom Ausschuss genehmigt, sind sie nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a) weiterzuleiten. Durch eine Entscheidung, einen bestimmten Vorschlag nicht zu genehmigen, wird die zukünftige Vorlage eines neuen Vorschlags in Bezug auf ein bestimmtes Bewuchsschutzsystem nicht ausgeschlossen, wenn neue Informationen bekannt werden.

(6) Only Parties may participate in decisions taken by the Committee described in paragraphs (3) and (5).

6) Seules les Parties peuvent participer aux décisions prises par le Comité telles que décrites aux paragraphes 3) et 5).

(6) Ausschließlich Vertragsparteien dürfen sich an den in den Absätzen 3 und 5 beschriebenen Entscheidungen des Ausschusses beteiligen.

#### Article 7

##### Technical Groups

(1) The Committee shall establish a technical group pursuant to article 6 when a comprehensive proposal is received. In circumstances where several proposals are received concurrently or sequentially, the Committee may establish one or more technical groups as needed.

(2) Any Party may participate in the deliberations of a technical group, and should draw on the relevant expertise available to that Party.

(3) The Committee shall decide on the terms of reference, organization and operation of the technical groups. Such terms shall provide for protection of any confidential information that may be submitted. Technical groups may hold such meetings as required, but shall endeavour to conduct their work through written or electronic correspondence or other media as appropriate.

(4) Only the representatives of Parties may participate in formulating any recommendation to the Committee pursuant to article 6. A technical group shall endeavour to achieve unanimity among the representatives of the Parties. If unanimity is not possible, the technical group shall communicate any minority views of such representatives.

#### Article 7

##### Groupes techniques

1) Le Comité constitue un groupe technique en application de l'article 6 lorsqu'une proposition détaillée est reçue. Dans les cas où plusieurs propositions sont reçues en même temps ou à la suite, le Comité peut constituer un ou plusieurs groupes techniques, selon les besoins.

2) Toute Partie peut participer aux délibérations d'un groupe technique, et devrait faire appel aux compétences pertinentes dont elle dispose.

3) Le Comité définit le mandat, l'organisation et le fonctionnement des groupes techniques. Ce mandat garantit le respect du caractère confidentiel des renseignements qui pourraient être communiqués. Les groupes techniques peuvent tenir les réunions qu'ils jugent nécessaires mais ils s'efforcent de mener leurs travaux par correspondance ou voie électronique ou autre moyen approprié.

4) Seuls les représentants des Parties peuvent participer à la formulation des recommandations à soumettre au Comité en application de l'article 6. Un groupe technique s'efforce de parvenir à l'unanimité entre les représentants des Parties. Si cela n'est pas possible, il communique les vues de la minorité.

#### Artikel 7

##### Facharbeitsgruppen

(1) Geht ein umfassender Vorschlag ein, so richtet der Ausschuss eine Facharbeitsgruppe nach Artikel 6 ein. Gehen mehrere Vorschläge gleichzeitig oder kurz nacheinander ein, so kann der Ausschuss je nach Bedarf eine oder mehrere Facharbeitsgruppen einrichten.

(2) Jede Vertragspartei kann sich an den Beratungen einer Facharbeitsgruppe beteiligen und soll hierbei das ihr zur Verfügung stehende Fachwissen einbringen.

(3) Der Ausschuss beschließt über den Arbeitsauftrag, die Organisation und die Arbeitsweise der Facharbeitsgruppen. Der Arbeitsauftrag sieht den Schutz gegebenenfalls vorgelegter vertraulicher Informationen vor. Facharbeitsgruppen können je nach Bedarf Sitzungen abhalten, bemühen sich jedoch darum, ihre Arbeit mittels schriftlicher oder elektronischer Korrespondenz oder über andere geeignete Medien zu erledigen.

(4) Ausschließlich die Vertreter von Vertragsparteien dürfen sich an der Formulierung von Empfehlungen an den Ausschuss nach Artikel 6 beteiligen. Eine Facharbeitsgruppe bemüht sich, unter den Vertretern der Vertragsparteien Einstimmigkeit zu erzielen. Ist Einstimmigkeit nicht möglich, so teilt die Facharbeitsgruppe etwaige Minderheitsmeinungen der betreffenden Vertreter mit.

#### Article 8

##### Scientific and Technical Research and Monitoring

(1) The Parties shall take appropriate measures to promote and facilitate scientific and technical research on the effects of anti-fouling systems as well as monitoring of such effects. In particular, such research should include observation, measurement, sampling, evaluation and analysis of the effects of anti-fouling systems.

(2) Each Party shall, to further the objectives of this Convention, promote the availability of relevant information to other Parties who request it on:

- (a) scientific and technical activities undertaken in accordance with this Convention;
- (b) marine scientific and technological programmes and their objectives; and

#### Article 8

##### Recherche scientifique et technique et surveillance

1) Les Parties prennent des mesures appropriées pour encourager et faciliter les travaux de recherche scientifiques et techniques sur les effets des systèmes antisalissure, ainsi que la surveillance de ces effets. Ces travaux de recherche devraient comprendre en particulier l'observation, la mesure, l'échantillonnage, l'évaluation et l'analyse des effets des systèmes antisalissure.

2) Pour promouvoir les objectifs de la présente Convention, chaque Partie facilite l'accès des autres Parties qui en font la demande aux renseignements pertinents sur:

- a) les activités scientifiques et techniques entreprises conformément à la présente Convention;
- b) les programmes scientifiques et technologiques concernant le milieu marin et leurs objectifs; et

#### Artikel 8

##### Wissenschaftliche und technische Forschung und Überwachung

(1) Die Vertragsparteien treffen geeignete Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung wissenschaftlicher und technischer Forschung über die Auswirkungen von Bewuchsschutzsystemen sowie zur Förderung und Erleichterung der Überwachung dieser Auswirkungen. Insbesondere soll zu dieser Forschung die Beobachtung, die Messung, die Probenentnahme, die Bewertung und die Analyse der Auswirkungen im Zusammenhang mit Bewuchsschutzsystemen gehören.

(2) Zur Förderung der Ziele dieses Übereinkommens erleichtert jede Vertragspartei anderen Vertragsparteien auf deren Ersuchen den Zugriff auf einschlägige Informationen über

- a) nach diesem Übereinkommen durchgeführte wissenschaftliche und technische Tätigkeiten;
- b) meereswissenschaftliche und -technologische Forschungsprogramme und deren Ziele und



(c) the effects observed from any monitoring and assessment programmes relating to anti-fouling systems.

c) les effets observés lors des programmes de surveillance, et d'évaluation concernant les systèmes antisalissure.

c) die im Rahmen von Überwachungs- und Auswertungsprogrammen im Zusammenhang mit Bewuchsschutzsystemen beobachteten Auswirkungen.

#### Article 9

##### Communication and Exchange of Information

(1) Each Party undertakes to communicate to the Organization:

(a) a list of the nominated surveyors or recognized organizations which are authorized to act on behalf of that Party in the administration of matters relating to the control of anti-fouling systems in accordance with this Convention for circulation to the Parties for the information of their officers. The Administration shall therefore notify the Organization of the specific responsibilities and conditions of the authority delegated to nominated surveyors or recognized organizations; and

(b) on an annual basis, information regarding any anti-fouling systems approved, restricted, or prohibited under its domestic law.

(2) The Organization shall make available, through any appropriate means, information communicated to it under paragraph (1).

(3) For those anti-fouling systems approved, registered or licensed by a Party, such Party shall either provide, or require the manufacturers of such anti-fouling systems to provide, to those Parties which request it, relevant information on which its decision was based, including information provided for in Annex 3, or other information suitable for making an appropriate evaluation of the anti-fouling system. No information shall be provided that is protected by law.

#### Article 9

##### Communication et échange de renseignements

1) Chaque Partie s'engage à communiquer à l'Organisation:

a) une liste des inspecteurs désignés ou des organismes reconnus qui sont autorisés à agir pour le compte de cette Partie aux fins de l'administration des affaires concernant le contrôle des systèmes antisalissure, conformément à la présente Convention, en vue de sa diffusion aux Parties, qui la porteront à la connaissance de leurs fonctionnaires. L'Administration notifie donc à l'Organisation les responsabilités spécifiques confiées aux inspecteurs désignés ou aux organismes reconnus et les conditions de l'autorité qui leur a été déléguée; et

b) sur une base annuelle, des renseignements au sujet de tout système antisalissure approuvé, soumis à des restrictions ou interdit en vertu de sa législation nationale.

2) L'Organisation diffuse par tout moyen approprié les renseignements qui lui ont été communiqués en vertu du paragraphe 1).

3) Si des systèmes antisalissure sont approuvés, enregistrés ou agréés par une Partie, cette Partie soit fournit, soit demande aux fabricants de ces systèmes antisalissure de fournir, aux Parties qui en font la demande, les renseignements pertinents sur la base desquels elle a pris sa décision, y compris les renseignements indiqués à l'Annexe 3, ou d'autres renseignements qui permettent d'effectuer une évaluation appropriée du système antisalissure. Il n'est fourni aucun renseignement qui est protégé par la loi.

#### Artikel 9

##### Übermittlung und Austausch von Informationen

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der Organisation Folgendes zu übermitteln:

a) ein Verzeichnis der ernannten Besichtigter oder anerkannten Stellen, die ermächtigt sind, bei der Verwaltung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen im Sinne dieses Übereinkommens im Namen der betreffenden Vertragspartei tätig zu werden, zur Weiterleitung an die Vertragsparteien zur Unterrichtung ihrer Bediensteten. Die Verwaltung teilt deshalb der Organisation die einzelnen Verantwortlichkeiten und Bedingungen der den ernannten Besichtigern oder anerkannten Stellen übertragenen Befugnis mit;

b) jährlich Angaben über jedes nach ihrem innerstaatlichen Recht zugelassene, beschränkte oder verbotene Bewuchsschutzsystem.

(2) Die Organisation stellt die ihr nach Absatz 1 übermittelten Angaben über geeignete Mittelungswege zur Verfügung.

(3) Für diejenigen Bewuchsschutzsysteme, die von einer Vertragspartei zugelassen, registriert oder freigegeben worden sind, stellt diese Vertragspartei denjenigen Vertragsparteien, die darum ersuchen, die einschlägigen Angaben zur Verfügung, auf die ihre Entscheidung begründet war, insbesondere die Angaben, die in Anlage 3 vorgesehen sind, oder aber sonstige Angaben, die geeignet sind, das betreffende Bewuchsschutzsystem zu beurteilen; die Vertragspartei kann auch die Hersteller der betreffenden Bewuchsschutzsysteme dazu verpflichten, die entsprechenden Angaben zu liefern. Gesetzlich geschützte Angaben dürfen nicht zur Verfügung gestellt werden.

#### Article 10

##### Survey and Certification

A Party shall ensure that ships entitled to fly its flag or operating under its authority are surveyed and certified in accordance with the regulations in Annex 4.

#### Article 10

##### Visite et délivrance de certificats

Une Partie s'assure que les navires autorisés à battre son pavillon ou exploités sous son autorité font l'objet de visites et que des certificats leur sont délivrés conformément aux règles de l'Annexe 4.

#### Artikel 10

##### Besichtigungen und Zeugniserteilung

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Besichtigungen von Schiffen und die Erteilung von Zeugnissen an Schiffe, die ihre Flagge zu führen berechtigt sind oder die unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden, in Übereinstimmung mit den Regeln in Anlage 4 erfolgen.

#### Article 11

##### Inspections of Ships and Detection of Violations

(1) A ship to which this Convention applies may, in any port, shipyard, or offshore

#### Article 11

##### Inspection des navires et recherche des violations

1) Un navire auquel s'applique la présente Convention peut être inspecté dans

#### Artikel 11

##### Überprüfungen von Schiffen und Aufdecken von Verstößen

(1) Ein Schiff, für das dieses Übereinkommen gilt, kann in jedem Hafen, in jeder

terminal of a Party, be inspected by officers authorized by that Party for the purpose of determining whether the ship is in compliance with this Convention. Unless there are clear grounds for believing that a ship is in violation of this Convention, any such inspection shall be limited to:

(a) verifying that, where required, there is onboard a valid International Anti-fouling System Certificate or a Declaration on Anti-fouling System; and/or

(b) a brief sampling of the ship's anti-fouling system that does not affect the integrity, structure, or operation of the anti-fouling system taking into account guidelines developed by the Organization\*). However, the time required to process the results of such sampling shall not be used as a basis for preventing the movement and departure of the ship.

(2) If there are clear grounds to believe that the ship is in violation of this Convention, a thorough inspection may be carried out taking into account guidelines developed by the Organization\*).

(3) If the ship is detected to be in violation of this Convention, the Party carrying out the inspection may take steps to warn, detain, dismiss, or exclude the ship from its ports. A Party taking such action against a ship for the reason that the ship does not comply with this Convention shall immediately inform the Administration of the ship concerned.

(4) Parties shall co-operate in the detection of violations and the enforcement of this Convention. A Party may also inspect a ship when it enters the ports, shipyards, or offshore terminals under its jurisdiction, if a request for an investigation is received from any Party, together with sufficient evidence that a ship is operating or has operated in violation of this Convention. The report of such investigation shall be sent to the Party requesting it and to the competent authority of the Administration of the ship concerned so that the appropriate action may be taken under this Convention.

tout port, chantier naval ou terminal au large d'une Partie, par des fonctionnaires autorisés par cette Partie, aux fins de déterminer si le navire satisfait à la présente Convention. Sauf s'il existe de bonnes raisons de penser qu'un navire enfreint la présente Convention, toute inspection de ce type se limite à:

a) vérifier que le navire a à bord un certificat international du système anti-salissure ou une déclaration relative au système anti-salissure en cours de validité, s'ils sont requis; et/ou

b) un bref échantillonnage du système anti-salissure du navire qui ne nuise ni à l'intégrité, ni à la structure, ni au fonctionnement de ce système, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation\*). Toutefois, le délai requis pour traiter les résultats de cet échantillonnage ne doit pas empêcher le mouvement et le départ du navire.

2) S'il existe de bonnes raisons de penser que le navire enfreint la présente Convention, une inspection approfondie peut être effectuée compte tenu des directives élaborées par l'Organisation\*).

3) S'il est constaté que le navire enfreint la présente Convention, la Partie qui procède à l'inspection peut prendre des mesures pour adresser un avertissement au navire, le retenir, le renvoyer de ses ports ou ne pas l'y admettre. Une Partie qui prend de telles mesures à l'encontre d'un navire au motif qu'il ne satisfait pas à la présente Convention informe immédiatement l'Administration du navire intéressé.

4) Les Parties coopèrent à la recherche des violations et à la mise en application de la présente Convention. Une Partie peut aussi inspecter un navire qui entre dans un port, un chantier naval ou un terminal au large relevant de sa juridiction lorsqu'une autre Partie lui demande de procéder à une enquête et lui fournit suffisamment de preuves que le navire est exploité ou a été exploité en infraction de la présente Convention. Le rapport de cette enquête est adressé à la Partie qui l'a demandée, ainsi qu'à l'autorité compétente de l'Administration dont relève le navire en cause, afin que des mesures appropriées puissent être prises en vertu de la présente Convention.

Werft und an jedem der Küste vorgelagerten Umschlagplatz einer Vertragspartei durch von dieser Vertragspartei ermächtigte Bedienstete überprüft werden, damit festgestellt werden kann, ob das Schiff diesem Übereinkommen entspricht. Sofern nicht eindeutige Gründe zu der Annahme bestehen, dass ein Schiff gegen dieses Übereinkommen verstößt, ist eine derartige Überprüfung

a) darauf zu beschränken, festzustellen, dass sich – sofern vorgeschrieben – an Bord ein gültiges internationales Zeugnis über ein Bewuchsschutzsystem oder eine Erklärung über ein Bewuchsschutzsystem befindet und/oder

b) unter Berücksichtigung der von der Organisation erarbeiteten Richtlinien\*) auf die Entnahme einer kleinen Stichprobe des Bewuchsschutzsystems des Schiffes zu beschränken, durch welche die Unversehrtheit und Struktur sowie die Funktionsfähigkeit des Systems nicht beeinträchtigt werden. Der Zeitbedarf für die Bearbeitung der Ergebnisse dieser Probenentnahme darf nicht als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, das Verhören oder die Abfahrt des Schiffes zu verhindern.

(2) Bestehen eindeutige Gründe zu der Annahme, dass das Schiff gegen dieses Übereinkommen verstößt, so kann unter Berücksichtigung der von der Organisation erarbeiteten Richtlinien\*) eine gründliche Überprüfung durchgeführt werden.

(3) Wird festgestellt, dass das Schiff gegen dieses Übereinkommen verstößt, so kann die die Überprüfung durchführende Vertragspartei Maßnahmen ergreifen, um gegen dieses Schiff eine Verwarnung auszusprechen, das Schiff festzuhalten, es aus seinem Hafen zu verweisen oder ihm ein Anlaufen seiner Häfen zu verbieten. Eine Vertragspartei, die derartige Maßnahmen gegen ein Schiff ergreift, weil das Schiff nicht diesem Übereinkommen entspricht, muss die für das betreffende Schiff zuständige Verwaltung unverzüglich darüber unterrichten.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten bei der Aufdeckung von Verstößen und der Durchführung dieses Übereinkommens zusammen. Eine Vertragspartei kann ein Schiff beim Anlaufen der in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Häfen oder Werften oder der Küste vorgelagerten Umschlagplätze auch überprüfen, wenn sie von einer anderen Vertragspartei ein Ersuchen um Untersuchung samt ausreichenden Beweisen erhält, dass ein Schiff unter Verstoß gegen dieses Übereinkommen betrieben wird oder betrieben worden ist. Der Bericht über diese Untersuchung wird der ersuchenden Vertragspartei und der für das betreffende Schiff zuständigen Verwaltung zugeleitet, damit geeignete Maßnahmen nach diesem Übereinkommen ergriffen werden können.

\*) Guidelines to be developed.

\*) Directives à élaborer.

\*) Die entsprechenden Richtlinien müssen noch erarbeitet werden.

**Article 12****Violations**

(1) Any violation of this Convention shall be prohibited and sanctions shall be established therefor under the law of the Administration of the ship concerned wherever the violation occurs. If the Administration is informed of such a violation, it shall investigate the matter and may request the reporting Party to furnish additional evidence of the alleged violation. If the Administration is satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, in accordance with its laws. The Administration shall promptly inform the Party that reported the alleged violation, as well as the Organization, of any action taken. If the Administration has not taken any action within one year after receiving the information, it shall so inform the Party which reported the alleged violation.

(2) Any violation of this Convention within the jurisdiction of any Party shall be prohibited and sanctions shall be established therefor under the law of that Party. Whenever such a violation occurs, that Party shall either:

- (a) cause proceedings to be taken in accordance with its law; or
- (b) furnish to the Administration of the ship concerned such information and evidence as may be in its possession that a violation has occurred.

(3) The sanctions established under the laws of a Party pursuant to this article shall be adequate in severity to discourage violations of this Convention wherever they occur.

**Article 13****Undue Delay  
or Detention of Ships**

(1) All possible efforts shall be made to avoid a ship being unduly detained or delayed under article 11 or 12.

(2) When a ship is unduly detained or delayed under article 11 or 12, it shall be entitled to compensation for any loss or damage suffered.

**Article 14****Dispute Settlement**

Parties shall settle any dispute between them concerning the interpretation or application of this Convention by negotiation, enquiry, mediation, conciliation, arbitration,

**Article 12****Violations**

1) Toute violation de la présente Convention est interdite et sanctionnée par la législation de l'Administration dont relève le navire en cause, où qu'elle se produise. Si l'Administration est informée d'une telle violation, elle effectue une enquête et peut demander à la Partie qui l'a informée de lui fournir des preuves supplémentaires de la violation alléguée. Si l'Administration est convaincue qu'il existe des preuves suffisantes pour lui permettre d'engager des poursuites au titre de la violation alléguée, elle fait en sorte que ces poursuites soient engagées le plus tôt possible conformément à sa législation. L'Administration informe promptement la Partie qui a signalé la violation alléguée ainsi que l'Organisation, des mesures prises. Si l'Administration n'a pris aucune mesure dans un délai d'un an à compter de la réception des renseignements, elle en informe la Partie qui a signalé la violation alléguée.

2) Toute violation de la présente Convention dans la juridiction d'une Partie est interdite et sanctionnée par la législation de cette Partie. Chaque fois qu'une telle infraction se produit, la Partie doit:

- a) soit faire en sorte que des poursuites soient conformément à sa législation;
- b) soit fournir à l'Administration dont relève le navire en cause les renseignements et les preuves qu'elle pourrait détenir attestant qu'il y a eu infraction.

3) Les sanctions prévues par la législation d'une Partie en application du présent article doivent être, par leur rigueur, de nature à décourager les violations de la présente Convention, où qu'elles se produisent.

**Article 13****Retard  
ou retenue indu de navires**

1) Il convient d'éviter, dans toute la mesure du possible, qu'un navire soit indûment retenu ou retardé en vertu des articles 11 ou 12.

2) Un navire qui a été indûment retenu ou retardé en vertu des articles 11 ou 12 a droit à réparation pour tout préjudice ou dommage subi.

**Article 14****Règlement des différends**

Les Parties règlent tout différend survenant entre elles quant à l'interprétation ou l'application de la présente Convention par voie de négociation, d'enquête, de média-

**Artikel 12****Verstöße**

(1) Jeder Verstoß gegen dieses Übereinkommen ist verboten und wird im Recht der für das betreffende Schiff zuständigen Verwaltung unter Strafe gestellt, gleichviel, wo der Verstoß begangen wird. Wird die Verwaltung von einem derartigen Verstoß unterrichtet, so untersucht sie die Angelegenheit und kann die meldende Vertragspartei ersuchen, zusätzliche Beweise für den angeblichen Verstoß vorzulegen. Ist die Verwaltung überzeugt, dass ausreichende Beweise vorliegen, um ein Verfahren wegen des angeblichen Verstoßes einzuleiten, so veranlasst sie, dass ein solches Verfahren so bald wie möglich nach ihrem Recht eingeleitet wird. Die Verwaltung unterrichtet die Vertragspartei, die den angeblichen Verstoß gemeldet hat, sowie die Organisation umgehend über die von ihr getroffenen Maßnahmen. Hat die Verwaltung innerhalb eines Jahres nach Eingang der Unterrichtung keine Maßnahmen getroffen, so unterrichtet sie hierüber die Vertragspartei, die den angeblichen Verstoß gemeldet hat.

(2) Jeder Verstoß gegen dieses Übereinkommen im Hoheitsbereich einer Vertragspartei ist verboten und wird im Recht der betreffenden Vertragspartei unter Strafe gestellt. Sobald ein derartiger Verstoß begangen wird, wird die betreffende Vertragspartei

- a) entweder veranlassen, dass ein Verfahren nach ihrem Recht eingeleitet wird, oder
- b) der für das betreffende Schiff zuständigen Verwaltung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen und Beweise dafür vorlegen, dass ein Verstoß begangen worden ist.

(3) Die im Recht einer Vertragspartei nach Maßgabe dieses Artikels festgelegten Strafen müssen so streng sein, dass sie von Verstößen gegen dieses Übereinkommen, gleichviel, wo diese begangen werden, abschrecken.

**Artikel 13****Unangemessenes Auf-  
oder Festhalten von Schiffen**

(1) Es ist so weit wie möglich zu vermeiden, dass ein Schiff in Anwendung des Artikels 11 oder 12 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten wird.

(2) Wird ein Schiff infolge der Anwendung des Artikels 11 oder 12 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten, so hat es Anspruch auf Ersatz des erlittenen Verlusts oder Schadens.

**Artikel 14****Beilegung von Streitigkeiten**

Die Vertragsparteien legen alle zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlung, Untersu-

judicial settlement, resort to regional agencies or arrangements, or other peaceful means of their own choice.

**Article 15**  
**Relationship to**  
**International Law of the Sea**

Nothing in this Convention shall prejudice the rights and obligations of any State under customary international law as reflected in the United Nations Convention on the Law of the Sea.

**Article 16**  
**Amendments**

(1) This Convention may be amended by either of the procedures specified in the following paragraphs.

(2) Amendments after consideration within the Organization:

- (a) Any Party may propose an amendment to this Convention. A proposed amendment shall be submitted to the Secretary-General, who shall then circulate it to the Parties and Members of the Organization at least six months prior to its consideration. In the case of a proposal to amend Annex 1, it shall be processed in accordance with article 6, prior to its consideration under this article.
- (b) An amendment proposed and circulated as above shall be referred to the Committee for consideration. Parties, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Committee for consideration and adoption of the amendment.
- (c) Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Parties present and voting in the Committee, on condition that at least one-third of the Parties shall be present at the time of voting.
- (d) Amendments adopted in accordance with subparagraph (c) shall be communicated by the Secretary-General to the Parties for acceptance.
- (e) An amendment shall be deemed to have been accepted in the following circumstances:
  - (i) An amendment to an article of this Convention shall be deemed to have been accepted on the date on which two-thirds of the Parties have notified the Secretary-General of their acceptance of it
  - (ii) An amendment to an Annex shall be deemed to have been accepted at the end of twelve months after the date of adoption or such other date as determined by the Committee.

tion, de conciliation, d'arbitrage, de règlement judiciaire, de recours aux organismes ou accords régionaux, ou par d'autres moyens pacifiques de leur choix.

**Article 15**  
**Rapport avec**  
**le droit international de la mer**

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits et obligations qu'a tout État en vertu des règles de droit international coutumier énoncées dans la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer.

**Article 16**  
**Amendements**

1) La présente Convention peut être modifiée selon l'une des procédures définies dans les paragraphes ci-après.

2) Amendements après examen au sein de l'Organisation:

- a) Toute Partie peut proposer un amendement à la présente Convention. L'amendement proposé est soumis au Secrétaire général qui le diffuse aux Parties et aux Membres de l'Organisation six mois au moins avant son examen. Dans le cas d'une proposition d'amendement à l'Annexe 1, celle-ci est traitée conformément à l'article 6 avant d'être examinée en vertu du présent article.
- b) Un amendement proposé et diffusé de la manière prévue ci-dessus est renvoyé au Comité pour examen. Les Parties, qu'elles soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisées à participer aux délibérations du Comité aux fins de l'examen et de l'adoption de l'amendement.
- c) Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes au sein du Comité, à condition qu'un tiers au moins des Parties soient présentes au moment du vote.
- d) Les amendements adoptés conformément à l'alinéa c) sont communiqués par le Secrétaire général aux Parties pour acceptation.
- e) Un amendement est réputé avoir été accepté dans les cas suivants:
  - i) Un amendement à un article de la présente Convention est réputé avoir été accepté à la date à laquelle deux tiers des Parties ont notifié leur acceptation au Secrétaire général.
  - ii) Un amendement à une Annexe est réputé avoir été accepté à l'expiration d'une période de douze mois après la date de son adoption ou toute autre date fixée par le Comité.

chung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl bei.

**Artikel 15**  
**Verhältnis zum internationalen Seerecht**

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten eines Staates nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen niedergelegt ist.

**Artikel 16**  
**Änderungen**

(1) Dieses Übereinkommen kann nach einem der in den folgenden Absätzen vorgesehenen Verfahren geändert werden.

(2) Änderungen nach Prüfung in der Organisation:

- a) Jede Vertragspartei kann eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen. Eine vorgeschlagene Änderung wird dem Generalsekretär vorgelegt, der sie spätestens sechs Monate vor ihrer Prüfung an die Vertragsparteien und an die Mitglieder der Organisation weiterleitet. Bei Vorschlägen zur Änderung der Anlage 1 ist vor ihrer Prüfung nach diesem Artikel wie in Artikel 6 vorgesehen zu verfahren.
- b) Eine nach Buchstabe a vorgeschlagene und weitergeleitete Änderung wird dem Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Die Vertragsparteien, gleichviel ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, haben das Recht, sich an den Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung und Beschlussfassung zu beteiligen.
- c) Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der im Ausschuss anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen, vorausgesetzt, dass mindestens ein Drittel der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sind.
- d) Nach Buchstabe c beschlossene Änderungen werden vom Generalsekretär den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.
- e) Eine Änderung gilt unter folgenden Umständen als angenommen:
  - i) Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens gilt als an dem Tag angenommen, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär ihre Annahme notifiziert haben.
  - ii) Eine Änderung einer Anlage gilt nach Ablauf von zwölf Monaten nach dem Tag der Beschlussfassung oder nach einem sonstigen vom Ausschuss festgesetzten Tag

However, if by that date more than one-third of the Parties notify the Secretary-General that they object to the amendment, it shall be deemed not to have been accepted.

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(f) An amendment shall enter into force under the following conditions:</p> <p>(i) An amendment to an article of this Convention shall enter into force for those Parties that have declared that they have accepted it six months after the date on which it is deemed to have been accepted in accordance with subparagraph (e) (i).</p> <p>(ii) An amendment to Annex 1 shall enter into force with respect to all Parties six months after the date on which it is deemed to have been accepted, except for any Party that has:</p> <p>(1) notified its objection to the amendment in accordance with subparagraph (e)(ii) and that has not withdrawn such objection;</p> <p>(2) notified the Secretary-General, prior to the entry into force of such amendment, that the amendment shall enter into force for it only after a subsequent notification of its acceptance; or</p> <p>(3) made a declaration at the time it deposits its instrument of ratification, acceptance or approval of, or accession to, this Convention that amendments to Annex 1 shall enter into force for it only after the notification to the Secretary-General of its acceptance with respect to such amendments.</p> <p>(iii) An amendment to an Annex other than Annex 1 shall enter into force with respect to all Parties six months after the date on which it is deemed to have been accepted, except for those Parties that have notified their objection to the amendment in accordance with subparagraph (e)(ii) and that have not withdrawn such objection.</p> <p>(g) (i) A Party that has notified an objection under subparagraph (f) (ii) (1) or (iii) may subsequently notify the Secretary-General that it accepts the amendment. Such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.</p> <p>(ii) If a Party that has made a notification or declaration referred to in</p> | <p>Toutefois, si à cette date plus d'un tiers des Parties ont notifié au Secrétaire général qu'elles élèvent une objection contre cet amendement, celui-ci est réputé ne pas avoir été accepté.</p> <p>f) Un amendement entre en vigueur dans les conditions suivantes:</p> <p>i) Un amendement à un article de la présente Convention entre en vigueur pour les Parties qui ont déclaré l'avoir accepté six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté conformément à l'alinéa e) i).</p> <p>ii) Un amendement à l'Annexe 1 entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté, à l'exception de toute Partie qui a:</p> <p>1) notifié son objection à l'amendement conformément à l'alinéa e) ii) et n'a pas retiré cette objection;</p> <p>2) notifié au Secrétaire général, avant l'entrée en vigueur de cet amendement, que celui-ci entrera en vigueur à son égard uniquement après notification ultérieure de son acceptation; ou</p> <p>3) fait une déclaration au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention, ou d'adhésion à celle-ci, indiquant que les amendements à l'Annexe 1 entreront en vigueur à son égard uniquement après notification au Secrétaire général de son acceptation eu égard à ces amendements.</p> <p>iii) Un amendement à une Annexe autre que l'Annexe 1 entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté, à l'exception des Parties qui ont notifié leur objection à l'amendement conformément à l'alinéa e) ii) et n'ont pas retiré cette objection.</p> <p>g) i) Une Partie qui a notifié une objection en vertu de l'alinéa f) ii) 1) ou iii) peut par la suite notifier au Secrétaire général qu'elle accepte l'amendement. Cet amendement entre en vigueur pour cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière est postérieure.</p> <p>ii) Si une Partie qui a adressé une notification ou a fait une déclaration vi-</p> | <p>als angenommen. Notifizieren jedoch bis zu diesem Tag mehr als ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär, dass sie Einspruch gegen die Änderung erheben, so gilt sie als nicht angenommen.</p> <p>f) Eine Änderung tritt unter folgenden Voraussetzungen in Kraft:</p> <p>i) Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens tritt für diejenigen Vertragsparteien, die erklärt haben, dass sie die Änderung angenommen haben, sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als nach Buchstabe e Ziffer i angenommen gilt.</p> <p>ii) Eine Änderung der Anlage 1 tritt für alle Vertragsparteien sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt; dies gilt nicht für eine Vertragspartei, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nach Buchstabe e Ziffer ii ihren Einspruch gegen die Änderung notifiziert und diesen Einspruch nicht zurückgenommen hat;</li> <li>2. dem Generalsekretär vor dem Inkrafttreten der Änderung notifiziert hat, dass die betreffende Änderung für sie erst nach einer späteren Notifikation ihrer Annahme in Kraft tritt;</li> <li>3. bei Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen eine Erklärung abgegeben hat, wonach Änderungen der Anlage 1 für sie erst nach Notifikation ihrer Annahme der betreffenden Änderungen an den Generalsekretär in Kraft tritt.</li> </ol> <p>iii) Eine Änderung einer anderen als der Anlage 1 tritt für alle Vertragsparteien sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt; dies gilt nicht für die Vertragsparteien, die nach Buchstabe e Ziffer ii ihren Einspruch gegen die Änderung notifiziert und diesen Einspruch nicht zurückgenommen haben.</p> <p>g) i) Eine Vertragspartei, die nach Buchstabe f Ziffer ii Nummer 1 oder nach Buchstabe f Ziffer iii einen Einspruch notifiziert hat, kann dem Generalsekretär später notifizieren, dass sie die Änderung annimmt. Die Änderung tritt für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.</p> <p>ii) Notifiziert eine Vertragspartei, die nach Buchstabe f Ziffer ii Nummer 2</p> |
|--|--|--|



subparagraph (f)(ii)(2) or (3), respectively, notifies the Secretary-General of its acceptance with respect to an amendment, such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.

(3) Amendment by a Conference:

(a) Upon the request of a Party concurred in by at least one-third of the Parties, the Organization shall convene a Conference of Parties to consider amendments to this Convention.

(b) An amendment adopted by such a Conference by a two-thirds majority of the Parties present and voting shall be communicated by the Secretary-General to all Parties for acceptance.

(c) Unless the Conference decides otherwise, the amendment shall be deemed to have been accepted and shall enter into force in accordance with the procedures specified in paragraphs (2)(e) and (f) respectively of this article.

(4) Any Party that has declined to accept an amendment to an Annex shall be treated as a non-Party only for the purpose of application of that amendment.

(5) An addition of a new Annex shall be proposed and adopted and shall enter into force in accordance with the procedure applicable to an amendment to an article of this Convention.

(6) Any notification or declaration under this article shall be made in writing to the Secretary-General.

(7) The Secretary-General shall inform the Parties and Members of the Organization of:

(a) any amendment that enters into force and the date of its entry into force generally and for each Party; and

(b) any notification or declaration made under this article.

#### Article 17

##### Signature, Ratification, Acceptance, Approval and Accession

(1) This Convention shall be open for signature by any State at the Headquarters of the Organization from 1 February 2002 to 31 December 2002 and shall thereafter remain open for accession by any State.

(2) States may become Parties to this Convention by:

(a) signature not subject to ratification, acceptance, or approval; or

sée à l'alinéa f) ii) 2) ou 3) respectivement notifié au Secrétaire général son acceptation eu égard à un amendement, cet amendement entre en vigueur pour cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière est postérieure.

3) Amendement par une conférence:

a) À la demande d'une Partie, appuyée par un tiers au moins des Parties, l'Organisation convoque une conférence des Parties pour examiner des amendements à la présente Convention.

b) Un amendement adopté par cette conférence à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes est communiqué par le Secrétaire général à toutes les Parties pour acceptation.

c) À moins que la Conférence n'en décide autrement, l'amendement est réputé avoir été accepté et entre en vigueur conformément aux procédures définies aux alinéas 2 e) et f) respectivement du présent article.

4) Toute Partie qui n'a pas accepté un amendement à une Annexe est considérée comme non Partie aux seules fins de l'application de cet amendement.

5) L'ajout d'une nouvelle Annexe est proposé, est adopté et entre en vigueur conformément à la procédure applicable à un amendement à un article de la présente Convention.

6) Toute notification ou déclaration en vertu du présent article est adressée par écrit au Secrétaire général.

7) Le Secrétaire général informe les Parties et les Membres de l'Organisation:

a) de tout amendement qui entre en vigueur et de la date de son entrée en vigueur en général et à l'égard de chaque Partie; et

b) de toute notification ou déclaration faite en vertu du présent article.

#### Article 17

##### Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

(1) La présente Convention est ouverte à la signature de tout État, au Siège de l'Organisation, du 1<sup>er</sup> février 2002 au 31 décembre 2002 et reste ensuite ouverte à l'adhésion.

(2) Les États peuvent devenir Parties à la présente Convention par:

a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou

eine Notifikation beziehungsweise nach Buchstabe f Ziffer ii Nummer 3 eine Erklärung abgegeben hat, dem Generalsekretär ihre Annahme einer Änderung, so tritt die betreffende Änderung für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

(3) Änderung durch eine Konferenz:

a) Auf Antrag einer Vertragspartei, der von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt sein muss, beruft die Organisation eine Konferenz der Vertragsparteien zur Prüfung von Änderungen dieses Übereinkommens ein.

b) Eine von einer solchen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossene Änderung wird vom Generalsekretär allen Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.

c) Sofern die Konferenz nichts anderes beschließt, gilt die Änderung nach dem Verfahren in Absatz 2 Buchstabe e als angenommen beziehungsweise tritt die Änderung nach dem Verfahren in Absatz 2 Buchstabe f in Kraft.

(4) Eine Vertragspartei, die sich geweigert hat, eine Änderung einer Anlage anzunehmen, gilt lediglich für den Zweck der Anwendung dieser Änderung als Nichtvertragspartei.

(5) Wird diesem Übereinkommen eine neue Anlage hinzugefügt, so erfolgen Vorschlag, Beschlussfassung und Inkrafttreten nach dem Verfahren, das für eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens gilt.

(6) Jede Notifikation oder Erklärung nach diesem Artikel hat in schriftlicher Form an den Generalsekretär zu erfolgen.

(7) Der Generalsekretär unterrichtet die Vertragsparteien und die Mitglieder der Organisation

a) über jede Änderung, die in Kraft tritt, und über das Datum ihres Inkrafttretens allgemein und für jede einzelne Vertragspartei sowie

b) über jede nach diesem Artikel erfolgte Notifikation oder Erklärung.

#### Artikel 17

##### Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Februar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 am Sitz der Organisation für jeden Staat zur Unterzeichnung auf und steht danach jedem Staat zum Beitritt offen.

(2) Staaten können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,

a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen,

(b) signature subject to ratification, acceptance, or approval, followed by ratification, acceptance, or approval; or

(c) accession.

(3) Ratification, acceptance, approval, or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

(4) If a State comprises two or more territorial units in which different systems of law are applicable in relation to matters dealt with in this Convention, it may at the time of signature, ratification, acceptance, approval, or accession declare that this Convention shall extend to all its territorial units or only to one or more of them and may modify this declaration by submitting another declaration at any time.

(5) Any such declaration shall be notified to the Secretary-General and shall state expressly the territorial units to which this Convention applies.

b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou

c) adhésion.

3) La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4) S'il comporte deux ou plusieurs unités territoriales dans lesquelles des régimes juridiques différents sont applicables pour ce qui est des questions traitées dans la présente Convention, un État peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, déclarer que la présente Convention s'applique à l'ensemble de ses unités territoriales ou seulement à une ou plusieurs d'entre elles et il peut modifier cette déclaration en présentant une autre déclaration à tout moment.

5) La déclaration est notifiée au Secrétaire général et mentionne expressément les unités territoriales auxquelles s'applique la présente Convention.

b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder

c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

(4) Ein Staat, der zwei oder mehr Gebietseinheiten umfasst, in denen auf die in diesem Übereinkommen geregelten Fragen unterschiedliche Rechtsordnungen anzuwenden sind, kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt erklären, dass sich dieses Übereinkommen auf alle seine Gebietseinheiten oder nur auf eine oder mehrere derselben erstreckt; er kann diese Erklärung jederzeit durch eine neue Erklärung ersetzen.

(5) Jede derartige Erklärung ist dem Generalsekretär zu notifizieren; in ihr sind ausdrücklich die Gebietseinheiten anzugeben, in denen dieses Übereinkommen anzuwenden ist.

#### Article 18

##### Entry into force

(1) This Convention shall enter into force twelve months after the date on which not less than twenty-five States, the combined merchant fleets of which constitute not less than twenty-five percent of the gross tonnage of the world's merchant shipping, have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited the requisite instrument of ratification, acceptance, approval or accession in accordance with article 17.

(2) For States which have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Convention after the requirements for entry into force thereof have been met, but prior to the date of entry into force, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect on the date of entry into force of this Convention or three months after the date of deposit of instrument, whichever is the later date.

(3) Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date on which this Convention enters into force shall take effect three months after the date of deposit.

(4) After the date on which an amendment to this Convention is deemed to have been accepted under article 16, any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited shall apply to the Convention as amended.

#### Article 18

##### Entrée en vigueur

1) La présente Convention entre en vigueur douze mois après la date à laquelle au moins vingt-cinq États, dont les flottes marchandes représentent au total au moins vingt-cinq pour cent du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce, ont soit signé la Convention sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit déposé l'instrument requis de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, conformément à l'article 17.

2) Pour les États qui ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention ou d'adhésion à celle-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies mais avant son entrée en vigueur, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou trois mois après la date du dépôt de l'instrument si cette dernière date est postérieure.

3) Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention prend effet trois mois après la date du dépôt de l'instrument.

4) Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date à laquelle un amendement à la présente Convention est réputé avoir été accepté en vertu de l'article 16 s'applique à la Convention telle que modifiée.

#### Artikel 18

##### Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem wenigstens fünfundzwanzig Staaten, deren Handelsflotten insgesamt mindestens fünfundzwanzig Prozent des Bruttoreumgehalts der Handelsflotte der Welt ausmachen, nach Artikel 17 entweder das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Für Staaten, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt haben, nachdem die Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, jedoch vor dem Tag des Inkrafttretens, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Urkunde wirksam, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

(3) Jede nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde wird drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung wirksam.

(4) Nach dem Tag, an dem eine Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 16 als angenommen gilt, gilt jede hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde für das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung.

**Article 19****Denunciation**

(1) This Convention may be denounced by any Party at any time after the expiry of two years from the date on which this Convention enters into force for that Party.

(2) Denunciation shall be effected by the deposit of written notification with the Secretary-General, to take effect one year after receipt or such longer period as may be specified in that notification.

**Article 20****Depositary**

(1) This Convention shall be deposited with the Secretary-General, who shall transmit certified copies of this Convention to all States which have signed this Convention or acceded thereto.

(2) In addition to the functions specified elsewhere in this Convention, the Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed this Convention or acceded thereto of:

- (i) each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval, or accession, together with the date thereof;
- (ii) the date of entry into force of this Convention; and
- (iii) the deposit of any instrument of denunciation of this Convention, together with the date on which it was received and the date on which the denunciation takes effect; and

(b) as soon as this Convention enters into force, transmit the text thereof to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

**Articles 21****Languages**

This Convention is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

In witness whereof the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed this Convention.

Done at London, this fifth day of October, two thousand and one.

**Article 19****Dénonciation**

1) La présente Convention peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties à tout moment après l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date de son entrée en vigueur à l'égard de cette Partie.

2) La dénonciation s'effectue par le dépôt d'une notification écrite auprès du Secrétaire général et prend effet un an après la date de la réception de la notification ou à l'expiration de toute période plus longue spécifiée dans la notification.

**Article 20****Dépositaire**

1) La présente Convention est déposée auprès du Secrétaire général, qui en adresse des copies certifiées conformes à tous les États qui l'ont signée ou qui y ont adhéré.

2) Outre les fonctions spécifiées dans d'autres articles de la présente Convention, le Secrétaire général:

a) informe tous les États qui ont signé la présente Convention ou qui y ont adhéré:

- i) de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
- ii) de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention; et
- iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation de la présente Convention, ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet; et

b) dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

**Article 21****Langues**

La présente Convention est établie en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

Fait à Londres, ce cinq octobre deux mille un.

**Artikel 19****Kündigung**

(1) Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens für die betreffende Vertragspartei gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer schriftlichen Notifikation beim Generalsekretär und wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation oder nach Ablauf eines gegebenenfalls in der Notifikation angegebenen längeren Zeitabschnitts wirksam.

**Artikel 20****Verwahrer**

(1) Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Neben seinen Aufgaben, die an anderer Stelle in diesem Übereinkommen ausgeführt sind, wird der Generalsekretär wie folgt tätig:

a) Er unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, über

- i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde unter Angabe des jeweiligen Zeitpunkts;
- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
- iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Übereinkommen unter Angabe des Zeitpunkts ihres Eingangs und des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

b) er übermittelt, sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, dessen Wortlaut an das Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

**Artikel 21****Sprachen**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu London am 5. Oktober 2001.



**Annex 1****Controls on Anti-Fouling Systems**

Anti-fouling system	Control measures	Application	Effective date
Organotin compounds which act as biocides in anti-fouling systems	Ships shall not apply or re-apply such compounds	All ships	1 January 2003
Organotin compounds which act as biocides in anti-fouling systems	Ships either: (1) shall not bear such compounds on their hulls or external parts or surfaces; or (2) shall bear a coating that forms a barrier to such compounds leaching from the underlying non-compliant anti-fouling systems	All ships (except fixed and floating platforms, FSUs, and FPSOs that have been constructed prior to 1 January 2003 and that have not been in dry-dock on or after 1 January 2003)	1 January 2008

**Annex 2****Required Elements for an Initial Proposal**

(1) An initial proposal shall include adequate documentation containing at least the following:

- (a) identification of the anti-fouling system addressed in the proposal: name of the anti-fouling system; name of active ingredients and Chemical Abstract Services Registry Number (CAS number), as applicable; or components of the system which are suspected of causing the adverse effects of concern;
- (b) characterization of the information which suggests that the anti-fouling system or its transformation products may pose a risk to human health or may cause adverse effects in non-target organisms at concentrations likely to be found in the environment (e. g., the results of toxicity studies on representative species or bioaccumulation data);
- (c) material supporting the potential of the toxic components in the anti-fouling system, or its transformation products, to occur in the environment at concentrations which could result in adverse effects to non-target organisms, human health, or water quality (e. g., data on persistence in the water column, sediments and biota; the release rate of toxic components from treated surfaces in studies or under actual use conditions; or monitoring data, if available);
- (d) an analysis of the association between the anti-fouling system, the related adverse effects and the environmental concentrations observed or anticipated; and
- (e) a preliminary recommendation on the type of restrictions that could be effective in reducing the risks associated with the anti-fouling system.

(2) An initial proposal shall be submitted in accordance with rules and procedures of the Organization.

**Annex 3****Required Elements of a Comprehensive Proposal**

(1) A comprehensive proposal shall include adequate documentation containing the following:

- (a) developments in the data cited in the initial proposal;
- (b) findings from the categories of data set out in paragraphs (3)(a), (b) and (c), as applicable, depending on the subject of the proposal and the identification or description of the methodologies under which the data were developed;
- (c) a summary of the results of studies conducted on the adverse effects of the anti-fouling system;
- (d) if any monitoring has been conducted, a summary of the results of that monitoring, including information on ship traffic and a general description of the area monitored;
- (e) a summary of the available data on environmental or ecological exposure and any estimates of environmental concentrations developed through the application of mathematical models, using all available environmental fate parameters, preferably those which were determined experimentally, along with an identification or description of the modelling methodology;
- (f) an evaluation of the association between the anti-fouling system in question, the related adverse effects and the environmental concentrations, either observed or expected;
- (g) a qualitative statement of the level of uncertainty in the evaluation referred to in subparagraph (f);
- (h) a recommendation of specific control measures to reduce the risks associated with the anti-fouling system; and
- (i) a summary of the results of any available studies on the potential effects of the recommended control measures relating to air quality, shipyard conditions, international shipping and other relevant sectors, as well as the availability of suitable alternatives.

(2) A comprehensive proposal shall also include information on each of the following physical and chemical properties of the component(s) of concern, if applicable:

- melting point;
- boiling point;
- density (relative density);
- vapour pressure;
- water solubility/pH/dissociation constant (pKa);
- oxidation/reduction potential;
- molecular mass;
- molecular structure; and
- other physical and chemical properties identified in the initial proposal.

(3) For the purposes of paragraph (1)(b) above, the categories of data are:

- (a) Data on environmental fate and effect:
  - modes of degradation/dissipation (e. g., hydrolysis/photodegradation/biodegradation);
  - persistence in the relevant media (e. g., water column/sediments/biota);
  - sediments/water partitioning;
  - leaching rates of biocides or active ingredients;
  - mass balance;
  - bioaccumulation, partition coefficient, octanol/water coefficient; and
  - any novel reactions on release or known interactive effects.
- (b) Data on any unintended effects in aquatic plants, invertebrates, fish, seabirds, marine mammals, endangered species, other biota, water quality, the seabed, or habitat of non-target organisms, including sensitive and representative organisms:
  - acute toxicity;
  - chronic toxicity;
  - developmental and reproductive toxicity;
  - endocrine disruption;
  - sediment toxicity;
  - bioavailability/biomagnification/bioconcentration;

- food web/population effects;
- observations of adverse effects in the field/fish kills/strandings/tissue analysis; and
- residues in seafood.

These data shall relate to one or more types of non-target organisms such as aquatic plants, invertebrates, fish, birds, mammals and endangered species.

- (c) Data on the potential for human health effects (including, but not limited to, consumption of affected seafood).

(4) A comprehensive proposal shall include a description of the methodologies used, as well as any relevant measures taken for quality assurance and any peer review conducted of the studies.

**Annex 4****Surveys and Certification Requirements for Anti-Fouling Systems****Regulation 1****Surveys**

(1) Ships of 400 gross tonnage and above referred to in article 3(1)(a) engaged in international voyages, excluding fixed or floating platforms, FSUs, and FPSOs, shall be subject to surveys specified below:

(a) an initial survey before the ship is put into service or before the International Anti-fouling System Certificate (Certificate) required under regulation 2 or 3 is issued for the first time; and

(b) a survey when the anti-fouling systems are changed or replaced. Such surveys shall be endorsed on the Certificate issued under regulation 2 or 3.

(2) The survey shall be such as to ensure that the ship's anti-fouling system fully complies with this Convention.

(3) The Administration shall establish appropriate measures for ships that are not subject to the provisions of paragraph (1) of this regulation in order to ensure that this Convention is complied with.

(4)

(a) As regards the enforcement of this Convention, surveys of ships shall be carried out by officers duly authorized by the Administration or as provided in regulation 3(1), taking into account guidelines for surveys developed by the Organization\*). Alternatively, the Administration may entrust surveys required by this Convention either to surveyors nominated for that purpose or to organizations recognized by it.

(b) An Administration nominating surveyors or recognizing organizations\*\*) to conduct surveys shall, as a minimum, empower any nominated surveyor or recognized organization to:

(i) require a ship that it surveys to comply with the provisions of Annex 1; and

(ii) carry out surveys if requested by the appropriate authorities of a port State that is a Party to this Convention.

(c) When the Administration, a nominated surveyor, or a recognized organization determines that the ship's anti-fouling system does not conform either to the particulars of a Certificate required under regulation 2 or 3, or to the requirements of this Convention, such Administration, surveyor or organization shall immediately ensure that corrective action is taken to bring the ship into compliance. A surveyor or organization shall also in due course notify the Administration of any such determination. If the required corrective action is not taken, the Administration shall be notified forthwith and it shall ensure that the Certificate is not issued or is withdrawn as appropriate.

(d) In the situation described in subparagraph (c), if the ship is in the port of another Party, the appropriate authorities of the port State shall be notified forthwith. When the Administration, a nominated surveyor, or a recognized organization has notified the appropriate authorities of the port State, the Government of the port State concerned shall give such Administration, surveyor, or organization any necessary assistance to carry out their obligations under this regulation, including any action described in article 11 or 12.

**Regulation 2****Issue or Endorsement of an International Anti-fouling System Certificate**

(1) The Administration shall require that a ship to which regulation 1 applies is issued with a Certificate after successful completion of a survey in accordance with regulation 1. A Certificate issued under the authority of a Party shall be accepted by the other Parties and regarded for all purposes covered by this Convention as having the same validity as a Certificate issued by them.

(2) Certificates shall be issued or endorsed either by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case, the Administration assumes full responsibility for the Certificate.

(3) For ships bearing an anti-fouling system controlled under Annex 1 that was applied before the date of entry into force of a control for such a system, the Administration shall

\*) Guidelines to be developed.

\*\*) Refer to the guidelines adopted by the Organization by resolution A.739(18), as may be amended by the Organization, and the specifications adopted by the Organization by resolution A.789(19), as may be amended by the Organization.

issue a Certificate in accordance with paragraphs (2) and (3) of this regulation not later than two years after entry into force of that control. This paragraph shall not affect any requirement for ships to comply with Annex 1.

(4) The Certificate shall be drawn up in the form corresponding to the model given in Appendix 1 to this Annex and shall be written at least in English, French, or Spanish. If an official language of the issuing State is also used this shall prevail in the case of the dispute or discrepancy.

### **Regulation 3**

#### **Issue or Endorsement of an International Anti-fouling System Certificate by Another Party**

(1) At the request of the Administration, another Party may cause a ship to be surveyed and, if satisfied that this Convention has been complied with, it shall issue or authorize the issue of a Certificate to the ship and, where appropriate, endorse or authorize the endorsement of that Certificate for the ship, in accordance with this Convention.

(2) A copy of the Certificate and a copy of the survey report shall be transmitted as soon as possible to the requesting Administration.

(3) A Certificate so issued shall contain a statement that it has been issued at the request of the Administration referred to in paragraph (1) and it shall have the same force and receive the same recognition as a Certificate issued by the Administration.

(4) No Certificate shall be issued to a ship which is entitled to fly the flag of a State which is not a Party.

### **Regulation 4**

#### **Validity of an International Anti-fouling System Certificate**

(1) A Certificate issued under regulation 2 or 3 shall cease to be valid in either of the following cases:

- (a) if the anti-fouling system is changed or replaced and the Certificate is not endorsed in accordance with this Convention; and
- (b) upon transfer of the ship to the flag of another State. A new Certificate shall only be issued when the Party issuing the new Certificate is fully satisfied that the ship is in compliance with this Convention. In the case of a transfer between Parties, if requested within three months after the transfer has taken place, the Party whose flag the ship was formerly entitled to fly shall, as soon as possible, transmit to the Administration a copy of the Certificates carried by the ship before the transfer and, if available, a copy of the relevant survey reports.

(2) The issue by a Party of a new Certificate to a ship transferred from another Party may be based on a new survey or on a valid Certificate issued by the previous Party whose flag the ship was entitled to fly.

### **Regulation 5**

#### **Declaration on Anti-fouling System**

(1) The Administration shall require a ship of 24 meters or more in length, but less than 400 gross tonnage engaged in international voyages and to which article 3(1)(a) applies (excluding fixed or floating platforms, FSUs, and FPSOs) to carry a Declaration signed by the owner or owner's authorized agent. Such Declaration shall be accompanied by appropriate documentation (such as a paint receipt or a contractor invoice) or contain appropriate endorsement.

(2) The Declaration shall be drawn up in the form corresponding to the model given in Appendix 2 to this Annex and shall be written at least in English, French, or Spanish. If an official language of the State whose flag the ship is entitled to fly is also used, this shall prevail in the case of a dispute or discrepancy.

Appendix 1 to Annex 4

Model form
of International Anti-fouling System Certificate

International Anti-fouling System Certificate

(This certificate shall be supplemented by a Record of Anti-fouling Systems)

(Official seal)

(State)

Issued under the
International Convention on the Control of Harmful Anti-Fouling Systems on Ships

under the authority of the Government of

.....

(name of the State)

by

.....

(person or organization authorized)

When a Certificate has been previously issued, this Certificate replaces the certificate dated .....

Particulars of ship<sup>1)</sup>

Name of ship .....

Distinctive number or letters .....

Port of registry .....

Gross tonnage .....

IMO number<sup>2)</sup> .....

An anti-fouling system controlled under Annex 1 has not been applied during or after construction of this ship .....

An anti-fouling system controlled under Annex 1 has been applied on this ship previously, but has been removed by .....
(insert name of the facility) on ..... (date) .....

An anti-fouling system controlled under Annex 1 has been applied on this ship previously, but has been covered with a sealer coat
applied by ..... (insert name of the facility) .....
on ..... (date) .....

An anti-fouling system controlled under Annex 1 was applied on this ship prior to ..... (date)<sup>3)</sup>, but must be removed or covered
with a sealer coat prior to ..... (date)<sup>4)</sup> .....

This is to certify that:

- 1 the ship has been surveyed in accordance with regulation 1 of Annex 4 to the Convention; and
2 the survey shows that the anti-fouling system on the ship complies with the applicable requirements of Annex 1 to the Convention.

Issued at .....
(Place of issue of Certificate)

.....
(Date of issue)

.....
(Signature of authorized official issuing the Certificate)

Date of completion of the survey
on which this certificate is issued: .....

1) Alternatively, the particulars of the ship may be placed horizontally in boxes.
2) In accordance with the IMO Ship Identification Number Scheme adopted by the Organization with Assembly resolution A.600(15).
3) Date of entry into force of the control measure.
4) Date of expiration of any implementation period specified in article 4(2) or Annex 1.

Model Form  
of Record of Anti-Fouling Systems

**Record of Anti-Fouling Systems**

This Record shall be permanently attached to the International Anti-Fouling System Certificate.

**Particulars of ship**

Name of ship .....

Distinctive number or letters .....

IMO number .....

Details of anti-fouling system(s) applied

Type(s) of anti-fouling system(s) used .....

Date(s) of application of anti-fouling system(s) .....

Name(s) of company(ies) and facility(ies)/location(s) where applied .....

Name(s) of anti-fouling system manufacturer(s) .....

Name(s) and colour(s) of anti-fouling system(s) .....

Active ingredient(s) and their Chemical Abstract Services Registry Number(s) (CAS number(s)) .....

Type(s) of sealer coat, if applicable .....

Name(s) and colour(s) of sealer coat applied, if applicable .....

Date of application of sealer coat .....

This is to certify that this Record is correct in all respects.

Issued at .....

(Place of issue of Record)

.....

(Date of issue)

.....

(Signature of authorized official issuing the record)



**Endorsement of the Records<sup>5)</sup>**

This is to certify that a survey required in accordance with regulation 1(1)(b) of Annex 4 to the Convention found that the ship was in compliance with the Convention

Details of anti-fouling system(s) applied

Type(s) of anti-fouling system(s) used .....

Date(s) of application of anti-fouling system(s) .....

Name(s) of company(ies) and facility(ies) location(s) where applied .....

Name(s) of anti-fouling system(s) manufacturer(s) .....

Name(s) and colour(s) of anti-fouling system(s) .....

Active ingredient(s) and their Chemical Abstract Services Registry Number(s) (CAS number(s)) .....

Type(s) of sealer coat, if applicable .....

Name(s) and colour(s) of sealer coat applied, if applicable .....

Date of application of sealer coat .....

Signed: .....  
(Signature of authorized official issuing the Record)

Place: .....

Date<sup>6)</sup>: .....

(Seal or stamp of the authority)

<sup>5)</sup> This page of the Record shall be reproduced and added to the Record as considered necessary by the Administration.

<sup>6)</sup> Date of completion of the survey on which this endorsement is made.

**Appendix 2 to Annex 4**

Model Form  
of Declaration on Anti-Fouling System

**Declaration on Anti-Fouling System**

Drawn up under  
the International Convention on the Control of Harmful Anti-Fouling Systems on Ships

Name of ship .....

Distinctive number or letters .....

Port of registry .....

Length .....

Gross tonnage .....

IMO number (if applicable) .....

I declare that the anti-fouling system used on this ship complies with Annex 1 of the Convention.

.....  
(Date) (Signature of owner or owner's authorized agent)

Endorsement of anti-fouling system(s) applied

Type(s) of anti-fouling system(s) used and date(s) of application .....

.....

.....  
(Date) (Signature of owner or owner's authorized agent)

Type(s) of anti-fouling system(s) used and date(s) of application .....

.....

.....  
(Date) (Signature of owner or owner's authorized agent)

Type(s) of anti-fouling system(s) used and date(s) of application .....

.....

.....  
(Date) (Signature of owner or owner's authorized agent)

## Annexe 1

## Mesures de contrôle des systèmes antisalissure

Système antisalissure	Mesures de contrôle	Application	Date à laquelle la mesure prend effet
Composés organostanniques agissant en tant que biocides dans les systèmes antisalissure	Les navires ne doivent pas appliquer ni réappliquer ces composés	Tous les navires	1 <sup>er</sup> janvier 2003
Composés organostanniques agissant en tant que biocides dans les systèmes antisalissure	Les navires: soit 1) ne doivent pas avoir de tels composés sur leur coque ou sur leurs parties ou surfaces extérieures; soit 2) doivent avoir un revêtement qui forme une protection empêchant la lixiviation des composés provenant des systèmes antisalissure sous-jacents non conformes	Tous les navires (à l'exception des plates-formes fixes et flottantes, des FSU et des FPSO qui ont été construites avant le 1 <sup>er</sup> janvier 2003 et qui ne sont pas passées en cale sèche le 1 <sup>er</sup> janvier 2003 ou après cette date)	1 <sup>er</sup> janvier 2008

**Annexe 2****Éléments à inclure dans une proposition initiale**

- 1) Une proposition initiale doit comprendre une documentation adéquate contenant au moins ce qui suit:
  - a) l'identification du système antialissure visé dans la proposition: désignation du système antialissure; nom des ingrédients actifs et, le cas échéant, numéro de registre des Chemical Abstract Services (numéro CAS), ou composants du système dont on soupçonne qu'ils causent des effets défavorables préoccupants;
  - b) la caractérisation des renseignements qui laissent penser que le système antialissure ou ses produits de transformation peuvent présenter un risque pour la santé de l'homme ou causer des effets défavorables chez les organismes non ciblés aux concentrations susceptibles d'être constatées dans l'environnement, (par exemple résultats des études de toxicité sur des espèces représentatives ou données relatives à la bioaccumulation);
  - c) des preuves du risque d'apparition de composants toxiques du système antialissure ou de ses produits de transformation dans l'environnement à des concentrations qui pourraient entraîner des effets défavorables chez des organismes non ciblés, sur la santé de l'homme ou sur la qualité de l'eau (par exemple données sur la persistance dans la colonne d'eau, les sédiments et le biote; taux de libération de composants toxiques des surfaces traitées mesuré dans le cadre d'études ou dans des conditions réelles d'utilisation; ou données rassemblées dans le cadre d'un programme de surveillance, (le cas échéant);
  - d) une analyse du lien entre le système antialissure, les effets défavorables produits, et les concentrations observées ou attendues dans l'environnement; et
  - e) une recommandation préliminaire sur le type de restrictions qui pourraient être efficaces pour réduire les risques liés au système antialissure.
- 2) Une proposition initiale doit être soumise conformément aux règles et procédures établies par l'Organisation.

**Annexe 3****Éléments à inclure dans une proposition détaillée**

1) Une proposition détaillée doit comprendre une documentation adéquate contenant ce qui suit:

- a) les éléments nouveaux par rapport aux données citées dans la proposition initiale;
- b) les conclusions tirées des catégories de données énumérées aux alinéas 3 a), b) et c) selon le cas, en fonction du sujet de la proposition et l'identification ou la description des méthodes qui ont servi à l'établissement des données;
- c) un résumé des résultats des études effectuées sur les effets défavorables du système antisalissure;
- d) un résumé des résultats de tout programme de surveillance qui aurait pu être exécuté, y compris des renseignements sur le trafic maritime dans la zone surveillée et une description générale de cette zone;
- e) un résumé des données disponibles sur l'exposition environnementale ou écologique et les estimations des concentrations dans l'environnement que l'on aurait pu obtenir en appliquant des modèles mathématiques utilisant tous les paramètres disponibles du devenir dans l'environnement, et de préférence ceux qui ont été déterminés expérimentalement, ainsi qu'une identification ou description de la méthode de modélisation;
- f) une évaluation du lien entre le système antisalissure en question, les effets défavorables produits, et les concentrations observées ou prévues dans l'environnement;
- g) une indication qualitative du degré d'incertitude de l'évaluation visée à l'alinéa f);
- h) les mesures de contrôle spécifiques recommandées en vue de réduire les risques liés au système antisalissure; et
- i) un résumé des résultats des études disponibles sur les effets potentiels des mesures de contrôle recommandées eu égard à la qualité de l'air, aux conditions dans les chantiers navals, aux transports maritimes internationaux et autres secteurs intéressés, ainsi que sur les solutions de rechange appropriées qui pourraient exister.

2) Une proposition détaillée doit comporter également des renseignements sur chacune des propriétés physiques et chimiques suivantes du ou des composants préoccupants, le cas échéant:

- point de fusion;
- point d'ébullition;
- densité (densité relative);
- pression de vapeur;
- hydrosolubilité/pH/constante de dissociation (pKa);
- potentiel d'oxydation/de réduction;
- masse moléculaire;
- structure moléculaire; et
- autres propriétés physiques et chimiques identifiées dans la proposition initiale.

3) Aux fins de l'alinéa 1) b) ci-dessus, les catégories de données sont les suivantes:

- a) Les données sur le devenir dans l'environnement et les effets sur l'environnement:
  - modes de dégradation/dissipation (par exemple hydrolyse/photodégradation/biodégradation);
  - persistance dans les milieux pertinents (par exemple colonne d'eau/sédiments/biote);
  - partage sédiments/eau;
  - taux de lixiviation des biocides ou ingrédients actifs;
  - bilan de masse;
  - bioaccumulation, coefficient de partage, coefficient octanol/eau; et
  - toutes réactions nouvelles provoquées par la libération ou tous effets interactifs connus.
- b) Les données concernant les effets involontaires sur les plantes aquatiques, les invertébrés, les poissons, les oiseaux de mer, les mammifères marins, les espèces menacées d'extinction, d'autres biotes, la qualité de l'eau, les fonds marins ou l'habitat d'organismes non ciblés, y compris des organismes vulnérables et représentatifs:
  - toxicité aiguë;
  - toxicité chronique;

- toxicité au niveau du développement et de la reproduction;
- troubles endocriniens;
- toxicité des sédiments;
- biodisponibilité/bioamplification/bioconcentration;
- réseau alimentaire/effets sur les populations;
- observations d'effets défavorables sur le terrain/poissons morts/échoués/analyse des tissus; et
- résidus dans les aliments d'origine marine.

Ces données doivent concerner un ou plusieurs types d'organismes non ciblés, tels que les plantes aquatiques, les invertébrés, les poissons, les oiseaux, les mammifères et les espèces menacées d'extinction.

- c) Les données concernant l'ampleur possible des effets sur la santé de l'homme (y compris, sans toutefois s'y limiter, en cas de consommation d'aliments d'origine marine affectés).
- 4) Une proposition détaillée doit comprendre une description des méthodologies utilisées ainsi que de toutes mesures pertinentes prises aux fins de l'assurance de la qualité et de tout examen des études effectué par des spécialistes.

**Annexe 4****Prescriptions en matière de visites  
et de délivrance des certificats applicables aux systèmes antisalissure****Règle 1****Visites**

1) Les navires d'une jauge brute égale ou supérieure à 400 visés à l'article 3 1) a), qui effectuent des voyages internationaux, à l'exclusion des plates-formes fixes ou flottantes, des FSU et des FPSO, doivent être soumis aux visites spécifiées ci-après:

- a) une visite initiale effectuée avant la mise en service du navire ou avant que le certificat international du système antisalissure (le certificat) prescrit en vertu des règles 2 ou 3 ne soit délivré pour la première fois; et
- b) une visite effectuée lors du changement ou du remplacement des systèmes antisalissure. Ces visites doivent être portées sur le certificat délivré en vertu des règles 2 ou 3.

2) La visite doit permettre de garantir que le système antisalissure du navire satisfait pleinement à la présente Convention.

3) L'Administration doit établir les mesures appropriées à appliquer aux navires qui ne sont pas soumis aux dispositions du paragraphe 1) de la présente règle, pour garantir le respect de la présente Convention.

4)

- a) En ce qui concerne la mise en application de la présente Convention, les visites de navires doivent être effectuées par des fonctionnaires dûment autorisés par l'Administration ou de la manière prévue à la règle 3 1), compte tenu des directives sur les visites élaborées par l'Organisation\*). L'Administration peut aussi confier les visites prescrites par la présente Convention soit à des inspecteurs désignés à cet effet, soit à des organismes reconnus par elle.
- b) Une Administration qui désigne des inspecteurs ou des organismes reconnus\*\*) pour effectuer des visites doit au moins habiliter tout inspecteur désigné ou tout organisme reconnu à:
  - i) exiger qu'un navire soumis à une visite satisfasse aux dispositions de l'Annexe 1; et
  - ii) effectuer des visites si les autorités compétentes d'un État du port qui est Partie à la présente Convention le lui demandent.
- c) Lorsque l'Administration, un inspecteur désigné ou un organisme reconnu détermine que le système antisalissure du navire ne correspond pas aux indications du certificat prescrit en vertu des règles 2 ou 3 ou aux prescriptions de la présente Convention, l'Administration, l'inspecteur ou l'organisme doit veiller immédiatement à ce que des mesures correctives soient prises pour rendre le navire conforme. L'inspecteur ou l'organisme doit également en informer l'Administration en temps utile. Si les mesures correctives requises ne sont pas prises, l'Administration doit être informée sur-le-champ et faire en sorte que le certificat ne soit pas délivré ou soit retiré, selon le cas.
- d) Dans la situation décrite à l'alinéa c), si le navire se trouve dans un port d'une autre Partie, les autorités compétentes de l'État du port doivent être informées sur-le-champ. Lorsque l'Administration, un inspecteur désigné ou un organisme reconnu a informé les autorités compétentes de l'État du port, le gouvernement de l'État du port intéressé doit prêter à l'Administration, à l'inspecteur ou à l'organisme en question toute l'assistance nécessaire pour lui permettre de s'acquitter de ses obligations en vertu de la présente règle, y compris de prendre les mesures décrites aux articles 11 ou 12.

**Règle 2****Délivrance d'un certificat  
international du système antisalissure ou apposition d'un visa**

1) L'Administration doit exiger qu'un certificat soit délivré à tout navire auquel s'applique la règle 1 et qui a subi avec succès une visite conformément à la règle 1. Un certificat délivré sous l'autorité d'une Partie doit être accepté par les autres Parties et être considéré, à toutes les fins visées par la présente Convention, comme ayant la même valeur qu'un certificat délivré par elles.

\*) Directives à élaborer.

\*\*) Se reporter aux directives que l'Organisation a adoptées par la résolution A.739(18), telles qu'elles pourraient être modifiées par l'Organisation et aux spécifications que l'Organisation a adoptées par la résolution A.789(19), telles qu'elles pourraient être modifiées par l'Organisation.

2) Les certificats doivent être délivrés ou visés soit par l'Administration, soit par tout agent ou organisme dûment autorisé par elle. Dans tous les cas, l'Administration assume l'entière responsabilité du certificat.

3) Dans le cas des navires dotés d'un système antisalissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1, lequel a été appliqué avant la date d'entrée en vigueur de cette mesure de contrôle, l'Administration doit délivrer un certificat conformément aux paragraphes 2) et 3) de la présente règle au plus tard deux ans après l'entrée en vigueur de la mesure de contrôle. Le présent paragraphe ne porte pas atteinte à l'obligation qu'un navire de satisfaire à l'Annexe 1.

4) Le certificat doit être établi selon le modèle qui figure à l'appendice 1 de la présente Annexe et être rédigé au moins en anglais, en français ou en espagnol. Si une langue officielle de l'État qui le délivre est également utilisée, celle-ci prévaut en cas de différend ou de désaccord.

### Règle 3

#### Délivrance d'un certificat international du système antisalissure ou apposition d'un visa par une autre Partie

1) À la demande de l'Administration, une autre Partie peut soumettre un navire à une visite et, si elle estime qu'il satisfait à la présente Convention, elle lui délivre un certificat ou en autorise la délivrance et, selon le cas, appose un visa ou autorise l'apposition d'un visa sur ce certificat, conformément à la présente Convention.

2) Une copie du certificat et une copie du rapport de visite doivent être adressées dès que possible à l'Administration qui a fait la demande.

3) Un certificat ainsi délivré doit comporter une déclaration indiquant qu'il a été délivré à la demande de l'Administration visée au paragraphe 1); il a la même valeur qu'un certificat délivré par l'Administration, et doit être reconnu comme tel.

4) Il ne doit pas être délivré de certificat à un navire qui est autorisé à battre le pavillon d'un État non Partie.

### Règle 4

#### Validité d'un certificat international du système antisalissure

1) Un certificat délivré en vertu des règles 2 ou 3 cesse d'être valable dans l'un ou l'autre des cas suivants:

- a) si le système antisalissure est modifié ou remplacé et le certificat n'est pas visé conformément à la présente Convention; ou
- b) si un navire passe sous le pavillon d'un autre État. Un nouveau certificat ne doit être délivré que si la Partie qui le délivre a la certitude que le navire satisfait à la présente Convention. Dans le cas d'un transfert de pavillon entre Parties, si la demande lui en est faite dans un délai de trois mois à compter du transfert, la Partie dont le navire était autorisé précédemment à battre le pavillon adresse dès que possible à l'Administration une copie des certificats dont le navire était muni avant le transfert, ainsi qu'une copie des rapports de visite pertinents, le cas échéant.

2) La délivrance par une Partie d'un nouveau certificat à un navire transféré d'une autre Partie peut être effectuée sur la base d'une nouvelle visite ou d'un certificat en cours de validité délivré par la Partie dont le navire était précédemment autorisé à battre le pavillon.

### Règle 5

#### Déclaration relative au système antisalissure

1) L'Administration doit exiger qu'un navire d'une longueur égale ou supérieure à 24 mètres mais d'une jauge brute inférieure à 400 qui effectue des voyages internationaux et auquel s'applique l'article 3 1) a) (à l'exclusion des plates-formes fixes ou flottantes, des FSU et des FPSO) soit muni d'une déclaration, signée par le propriétaire ou son agent autorisé. Cette déclaration doit être accompagnée de la documentation appropriée (par exemple un reçu pour la peinture ou une facture d'entreprise) ou contenir une attestation satisfaisante.

2) La déclaration doit être établie selon le modèle qui figure à l'appendice 2 de la présente Annexe et être rédigée au moins en anglais, en français ou en espagnol. Si une langue officielle de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon est également utilisée, celle-ci prévaut en cas de différend ou de désaccord.



Appendice 1 de l'annexe 4

Modèle du certificat international du système antiallissure

Certificat international du système antiallissure

(Le présent certificat doit être complété par une fiche de systèmes antiallissure)

(Cachet officiel)

(État)

Délivré en vertu
de la Convention internationale sur le contrôle des systèmes antiallissure nuisibles sur les navires

sous l'autorité du Gouvernement

(Nom de l'État)

par

(personne ou organisme autorisé)

Lorsqu'un certificat a été délivré précédemment, le présent certificat remplace le certificat délivré le

Caractéristiques du navire

- Nom du navire
Numéro ou lettres distinctifs
Port d'immatriculation
Jauge brute
Numéro OMI

- Un système antiallissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1 n'a pas été appliqué pendant ou après la construction du navire
Un système antiallissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1 a été appliqué précédemment sur le navire, mais a été enlevé par
Un système antiallissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1 a été appliqué précédemment sur le navire, mais a été recouvert d'un revêtement isolant appliqué par
Un système antiallissure soumis à une mesure de contrôle en vertu de l'Annexe 1 a été appliqué sur le navire avant le
(date), mais doit être enlevé ou recouvert d'un revêtement isolant avant le
(date)

Il est certifié:

- 1 que le navire a été soumis à une visite conformément à la règle 1 de l'Annexe 4 de la Convention; et
2 qu'à la suite de cette visite, il a été constaté que le système antiallissure utilisé sur le navire satisfaisait aux prescriptions applicables de l'Annexe 1 de la Convention.

Délivré à (Lieu de délivrance du certificat)

Le (Date de délivrance) (Signature de l'agent autorisé qui délivre le certificat)

Date d'achèvement de la visite à la suite de laquelle le présent certificat est délivré:

1) Les caractéristiques du navire peuvent aussi être présentées horizontalement dans des cases.
2) Conformément au Système de numéros OMI d'identification des navires que l'Organisation a adopté par la résolution A.600(15) de l'Assemblée.
3) Date de l'entrée en vigueur de la mesure de contrôle.
4) Date d'expiration de toute période spécifiée à l'article 4 2) ou à l'Annexe 1.

Modèle de la fiche de systèmes antisalissure

Fiche de systèmes antisalissure

(La présente fiche doit être jointe en permanence au certificat international du système antisalissure)

Caractéristiques du navire

Nom du navire .....

Numéro ou lettres distinctifs .....

Numéro OMI .....

Détails du ou des systèmes antisalissure appliqués .....

Type(s) de système(s) antisalissure utilisé(s) .....

Date(s) d'application du ou des systèmes antisalissure .....

Nom(s) de la ou des compagnies et installations/lieu(x) où a été effectuée l'application .....

Nom(s) du ou des fabricants du ou des systèmes antisalissure .....

Nom(s) et couleur(s) du ou des systèmes antisalissure .....

Ingrédient(s) actif(s) et leur(s) numéro(s) de registre des Chemical Abstract Services (numéro(s) CAS) .....

Type(s) de revêtement isolant, le cas échéant .....

Nom(s) et couleur(s) du revêtement isolant appliqué, le cas échéant .....

Date d'application du revêtement isolant .....

Il est certifié que la présente fiche est correcte à tous égards.

Délivrée à ..... (Lieu de délivrance de la fiche)

Le ..... (Date de délivrance)

..... (Signature de l'agent autorisé qui délivre la fiche)

**Visa de la fiche<sup>5)</sup>**

Il est certifié que, lors d'une visite prescrite conformément à la règle 1 1) b) de l'Annexe 4 de la Convention, il a été constaté que le navire satisfaisait à la Convention.

Détails du ou des systèmes antisalissure appliqués

Type(s) de système(s) antisalissure utilisé(s) .....

Date(s) d'application du ou des systèmes antisalissure .....

Nom(s) de la ou des compagnies et installations/lieu(x) où a été effectuée l'application .....

Nom(s) du ou des fabricants du ou des systèmes antisalissure .....

Nom(s) et couleur(s) du ou des systèmes antisalissure .....

Ingrédient(s) actif(s) et leur(s) numéro(s) de registre des Chemical Abstract Services (numéro(s) CAS) .....

Type(s) de revêtement isolant, le cas échéant .....

Nom(s) et couleur(s) du revêtement isolant appliqué, le cas échéant .....

Date d'application du revêtement isolant .....

Signé: .....  
(Signature de l'agent autorisé qui délivre la fiche)

Lieu: .....

Date<sup>6)</sup>: .....

(Cachet ou tampon de l'autorité)

<sup>5)</sup> La présente page de la fiche doit être reproduite et ajoutée à la fiche, si l'Administration le juge nécessaire.

<sup>6)</sup> Date de l'achèvement de la visite à la suite de laquelle le présent visa est établi.

Appendice 2 de l'annexe 4

Modèle de déclaration relative au système antisalissure

Déclaration relative au système antisalissure

Établie en vertu de la
Convention internationale sur le contrôle des systèmes antisalissure nuisibles sur les navires

Nom du navire .....

Numéro ou lettres distinctifs .....

Port d'immatriculation .....

.....

Longueur .....

Jauge brute .....

Numéro OMI (le cas échéant) .....

Je déclare que le système antisalissure utilisé sur le navire satisfait à l'Annexe 1 de la Convention.

.....

(Date)

(Signature du propriétaire ou de son agent autorisé)

Attestation du/des système(s) antisalissure appliqué(s)

Type(s) de système(s) antisalissure utilisé(s) et date(s) d'application .....

.....

.....

(Date)

(Signature du propriétaire ou de son agent autorisé)

Type(s) de système(s) antisalissure utilisé(s) et date(s) d'application .....

.....

.....

(Date)

(Signature du propriétaire ou de son agent autorisé)

Type(s) de système(s) antisalissure utilisé(s) et date(s) d'application .....

.....

.....

(Date)

(Signature du propriétaire ou de son agent autorisé)

**Anlage 1****Maßnahmen  
zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen**

Bewuchsschutzsystem	Beschränkungsmaßnahmen	Anwendungsbereich	Tag des Wirksamwerdens der Maßnahme
Zinnorganische Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen als Biozide wirken	Solche Verbindungen dürfen auf Schiffen nicht aufgebracht oder wieder aufgebracht werden	alle Schiffe	1. Januar 2003
Zinnorganische Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen als Biozide wirken	Schiffe 1. dürfen solche Verbindungen nicht auf dem Schiffskörper, auf Schiffsaußerteilen oder -flächen aufweisen oder 2. müssen eine Deckschicht tragen, die als Barriere ein Austreten dieser Verbindungen aus dem darunter liegenden, nicht vorschriftsmäßigen Bewuchsschutzsystemen verhindert	alle Schiffe (mit Ausnahme von festen und schwimmenden Plattformen, schwimmenden Lagereinheiten sowie schwimmenden Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten, die vor dem 1. Januar 2003 gebaut worden sind und am oder nach dem 1. Januar 2003 noch nicht im Trockendock waren)	1. Januar 2008

**Anlage 2****Vorgeschriebene Bestandteile eines ersten Vorschlags**

(1) Ein erster Vorschlag beinhaltet ausreichende Unterlagen, die mindestens Folgendes enthalten:

- a) eine Identifizierung des in dem Vorschlag behandelten Bewuchsschutzsystems: Name des Bewuchsschutzsystems; Bezeichnung der wirksamen Bestandteile sowie gegebenenfalls die Registriernummer des Chemical Abstracts Service (CAS-Nummer); Bestandteile des Systems, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die nachteiligen Auswirkungen haben, die Gegenstand der Besorgnis sind;
- b) eine nähere Erläuterung der Angaben, welche die Vermutung nahelegen, dass das Bewuchsschutzsystem oder seine Zersetzungsprodukte bei Konzentrationen, wie sie in der Umwelt wahrscheinlich auftreten, eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen oder nachteilige Auswirkungen auf Organismen außerhalb seines Zielspektrums haben können (zum Beispiel Ergebnisse von Toxizitätsuntersuchungen an repräsentativen Arten oder Daten zur Bioakkumulation);
- c) Beweismaterial für die Wahrscheinlichkeit, dass die in dem Bewuchsschutzsystem oder seinen Zersetzungsprodukten enthaltenen toxischen Bestandteile in der Umwelt in Konzentrationen auftreten, die zu nachteiligen Auswirkungen auf Organismen außerhalb seines Zielspektrums, die menschliche Gesundheit oder die Wasserqualität führen können (zum Beispiel Daten zur Beständigkeit im Wasser, in Sedimenten und in Lebewesen; in Studien oder unter realen Einsatzbedingungen ermittelte Freisetzungsraten toxischer Bestandteile aus behandelten Oberflächen; gegebenenfalls im Rahmen eines Überwachungsprogramms gesammelte Daten);
- d) eine Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Bewuchsschutzsystem, den damit zusammenhängenden nachteiligen Auswirkungen und den beobachteten oder erwarteten Konzentrationen in der Umwelt;
- e) eine vorläufige Empfehlung zu der Art von Beschränkungen, die eine Verminderung der mit dem Bewuchsschutzsystem verbundenen Risiken bewirken könnten.

(2) Erste Vorschläge sind nach der Geschäftsordnung der Organisation einzureichen.

**Anlage 3****Vorgeschriebene Bestandteile eines umfassenden Vorschlags**

(1) Ein umfassender Vorschlag beinhaltet ausreichende Unterlagen, die Folgendes enthalten:

- a) Veränderungen gegenüber den im ersten Vorschlag angegebenen Daten;
- b) Schlussfolgerungen aus den Datenkategorien in Absatz 3 Buchstaben a, b und c, je nach dem Inhalt des Vorschlags und der Bezeichnung beziehungsweise Beschreibung der Verfahrensweisen, nach denen die Daten gewonnen worden sind;
- c) eine Zusammenfassung der Ergebnisse von Untersuchungen über die nachteiligen Auswirkungen des Bewuchsschutzsystems;
- d) sofern Überwachungsprogramme durchgeführt worden sind, eine Zusammenfassung von deren Ergebnissen, insbesondere Angaben zum Schiffsverkehr und eine allgemeine Beschreibung des Überwachungsgebiets;
- e) eine Zusammenfassung der verfügbaren Daten über die Einwirkungen des betreffenden Bewuchsschutzsystems auf die Umwelt oder die Ökologie sowie gegebenenfalls unter Anwendung mathematischer Modelle gewonnene Annahmen über die in der Umwelt auftretenden Konzentrationen; hierbei sind alle verfügbaren Parameter über das Verhalten des betreffenden Bewuchsschutzsystems in der Umwelt heranzuziehen, vorzugsweise diejenigen, die experimentell bestimmt worden sind, samt einer Bezeichnung oder Beschreibung der für die Modelldarstellung verwandten Methode;
- f) eine Bewertung des Zusammenhangs zwischen dem betreffenden Bewuchsschutzsystem, den damit zusammenhängenden nachteiligen Auswirkungen und den beobachteten oder zu erwartenden Konzentrationen in der Umwelt;
- g) eine qualitative Aussage zum Unsicherheitsfaktor der unter Buchstabe f genannten Bewertung;
- h) eine Empfehlung für konkrete Beschränkungsmaßnahmen zur Verringerung der mit dem Bewuchsschutzsystem zusammenhängenden Risiken;
- i) eine Zusammenfassung der Ergebnisse gegebenenfalls verfügbarer Untersuchungen zum einen über die möglichen Auswirkungen der empfohlenen Beschränkungsmaßnahmen auf die Luftqualität, die Bedingungen auf den Schiffswerften, die internationale Schifffahrt und andere einschlägige Bereiche sowie zum anderen über die Verfügbarkeit geeigneter Alternativen.

(2) Ein umfassender Vorschlag muss gegebenenfalls auch Angaben über jede der nachstehenden physikalischen und chemischen Eigenschaften des Bestandteils/der Bestandteile enthalten, der/die Gegenstand der Besorgnis ist/sind:

- Schmelzpunkt;
- Siedepunkt;
- Dichte (relative Dichte);
- Gasdruck;
- Wasserlöslichkeit/pH-Wert/Dissoziationskonstante;
- Oxidations-/Reduktionspotential;
- Molekulargewicht;
- Molekularstruktur;
- sonstige im ersten Vorschlag genannte physikalische und chemische Eigenschaften.

(3) Für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b sind Datenkategorien:

- a) Daten über das Verhalten in der/die Auswirkungen auf die Umgebung (environmental fate and effects):
  - Arten des Abbaus/der Ausbreitung (zum Beispiel Hydrolyse/Zersetzung unter Licht/biologischer Abbau);
  - Beständigkeit im einschlägigen Medium (zum Beispiel Wasser/Sedimente/Lebewesen);
  - Aufteilung Sedimente/Wasser;
  - Austrittsrate von Bioziden oder wirksamen Bestandteilen;
  - Massenbilanz;
  - Bioakkumulation, Teilungskoeffizient, Oktanol-Wasser-Koeffizient;
  - etwaige neuartige Reaktionen bei Freisetzung oder bekannte Wechselwirkungen;
- b) Daten über etwaige unbeabsichtigte Auswirkungen auf Wasserpflanzen, Wirbeltiere, Fische, Seevögel, Meeressäugetiere, vom Aussterben bedrohte Tierarten, sonstige



Lebewesen, die Wasserqualität, den Meeresboden oder die Lebensräume von Organismen außerhalb des Zielspektrums, einschließlich schutzbedürftiger oder ortstypischer Organismen:

- akute Toxizität;
- chronische Toxizität;
- Toxizität mit Wirkungen auf Entwicklung und Fortpflanzung;
- endokrine Störungen;
- Toxizität von Sedimenten;
- Bioverfügbarkeit/Bioamplifikation/Biokonzentration;
- Nahrungsnetz/Auswirkungen auf die Population;
- Beobachtungen nachteiliger Auswirkungen vor Ort/Fischsterben/an Land Gespültes/Gewebeuntersuchungen;
- Rückstände in Meeresfrüchten;

diese Daten müssen sich auf eine oder mehrere Arten von Organismen außerhalb des Zielspektrums beziehen, zum Beispiel auf Wasserpflanzen, Wirbeltiere, Fische, Vögel, Säugetiere oder vom Aussterben bedrohte Tierarten;

- c) Daten über mögliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, einschließlich – ohne darauf beschränkt zu sein – solcher aufgrund des Verzehrs von betroffenen Meeresfrüchten.

(4) Ein umfassender Vorschlag muss eine Darstellung der angewandten Methoden, getroffenen einschlägigen Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie Überprüfungen der Untersuchungen durch Fachkollegen enthalten.

## Anlage 4

### **Besichtigungen und Vorschriften über die Erteilung von Zeugnissen für Bewuchsschutzsysteme**

#### **Regel 1**

##### **Besichtigungen**

(1) In der Auslandfahrt eingesetzte Schiffe im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a mit einer Bruttoreaumzahl von 400 und mehr, ausgenommen feste oder schwimmende Plattformen, schwimmende Lagereinheiten und schwimmende Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten, unterliegen den nachstehend aufgeführten Besichtigungen:

- a) einer erstmaligen Besichtigung, bevor das Schiff in Dienst gestellt oder bevor das nach Regel 2 oder 3 vorgeschriebene internationale Zeugnis über ein Bewuchsschutzsystem („Zeugnis“) zum ersten Mal ausgestellt wird, und
- b) einer Besichtigung, wenn die Bewuchsschutzsysteme geändert oder ersetzt werden. Diese Besichtigungen sind auf dem nach Regel 2 oder 3 ausgestellten Zeugnis zu bestätigen.

(2) Die Besichtigung hat die Gewähr dafür zu bieten, dass das Bewuchsschutzsystem des Schiffes in jeder Hinsicht diesem Übereinkommen entspricht.

(3) Die Verwaltung setzt geeignete Maßnahmen für Schiffe fest, die nicht unter Absatz 1 fallen, um sicherzustellen, dass dieses Übereinkommen eingehalten wird.

(4)

- a) In Bezug auf die Anwendung dieses Übereinkommens sind Schiffsbesichtigungen entweder durch von der Verwaltung ordnungsgemäß ermächtigte Bedienstete oder wie in Regel 3 Absatz 1 vorgesehen durchzuführen; dabei sind die von der Organisation erarbeiteten Besichtigungsrichtlinien\*) zu berücksichtigen. Wahlweise kann die Verwaltung stattdessen die nach diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Besichtigungen entweder für diesen Zweck ernannten Besichtigern oder von ihr anerkannten Stellen übertragen.
- b) Eine Verwaltung, die Besichtiger ernennt oder Stellen anerkennt\*\*), die Besichtigungen durchführen sollen, ermächtigt jeden ernannten Besichtiger und jede anerkannte Stelle mindestens,
  - i) zu verlangen, dass ein der Besichtigung unterliegendes Schiff den Bestimmungen der Anlage 1 entspricht, und
  - ii) Besichtigungen durchzuführen, wenn sie von den zuständigen Behörden eines Hafenstaats, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, darum ersucht werden.
- c) Stellt die Verwaltung, ein ernannter Besichtiger oder eine anerkannte Stelle fest, dass das Bewuchsschutzsystem des Schiffes entweder den Eintragungen in einem nach Regel 2 oder 3 vorgeschriebenen Zeugnis oder den Vorschriften dieses Übereinkommens nicht entspricht, so sorgt die Verwaltung, der Besichtiger oder die Stelle sofort dafür, dass geeignete Abhilfemaßnahmen getroffen werden, um das Schiff in einen vorschriftsmäßigen Zustand zu versetzen. Der Besichtiger beziehungsweise die Stelle hat darüber hinaus zu gegebener Zeit die Verwaltung über diese Feststellung zu unterrichten. Werden die erforderlichen Abhilfemaßnahmen nicht getroffen, so ist die Verwaltung hiervon umgehend zu unterrichten; sie muss sicherstellen, dass das Zeugnis nicht ausgestellt oder, soweit angebracht, eingezogen wird.
- d) Hält sich das Schiff bei Eintreten einer Situation im Sinne des Buchstabens c im Hafen einer anderen Vertragspartei auf, so sind die zuständigen Behörden des Hafenstaats hiervon umgehend zu unterrichten. Hat die Verwaltung, ein ernannter Besichtiger oder eine anerkannte Stelle die zuständigen Behörden des Hafenstaats benachrichtigt, so gewährt die Regierung des betreffenden Hafenstaats der Verwaltung, dem Besichtiger oder der Stelle jede Unterstützung, deren sie bedürfen, um ihre Pflichten aufgrund dieser Regel zu erfüllen; hierzu gehören auch die in Artikel 11 oder 12 beschriebenen Maßnahmen.

#### **Regel 2**

##### **Ausstellung oder Bestätigung eines internationalen Zeugnisses über ein Bewuchsschutzsystem**

(1) Die Verwaltung schreibt vor, dass für ein Schiff, auf das Regel 1 Anwendung findet, nach erfolgreicher Durchführung einer Besichtigung nach Regel 1 ein Zeugnis ausgestellt wird. Ein unter der hoheitlichen Aufsicht einer Vertragspartei ausgestelltes Zeugnis ist von

\*) Diese Richtlinien müssen noch erarbeitet werden.

\*\*) Es wird auf die von der Organisation mit Entschließung A.739(18) angenommenen Richtlinien und die von der Organisation mit Entschließung A.789(19) angenommenen Spezifikationen in der jeweils gegebenenfalls von der Organisation geänderten Fassung verwiesen.

den anderen Vertragsparteien anzuerkennen und für alle Zwecke im Rahmen dieses Übereinkommens als ebenso gültig zu betrachten wie ein von ihnen ausgestelltes Zeugnis.

(2) Zeugnisse werden von der Verwaltung oder von einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt beziehungsweise bestätigt. In jedem Fall übernimmt die Verwaltung die volle Verantwortung für das Zeugnis.

(3) Für Schiffe mit einem Bewuchsschutzsystem, das einer Beschränkungsmaßnahme nach Anlage 1 unterliegt, das jedoch vor dem Tag des Wirksamwerdens der Beschränkungsmaßnahme für dieses System auf- oder angebracht worden ist, stellt die Verwaltung spätestens zwei Jahre nach dem Wirksamwerden dieser Beschränkungsmaßnahme ein Zeugnis nach den Absätzen 2 und 3 aus. Dieser Absatz berührt nicht die Verpflichtung eines Schiffes, Anlage 1 einzuhalten.

(4) Das Zeugnis wird in der Form abgefasst, die dem in Anhang 1 zu dieser Anlage wiedergegebenen Muster entspricht; es muss zumindest in englischer, französischer oder spanischer Sprache abgefasst sein. Wird auch eine Amtssprache des ausstellenden Staates verwendet, so ist diese im Fall einer Streitigkeit oder Unstimmigkeit maßgebend.

### **Regel 3**

#### **Ausstellung oder Bestätigung eines internationalen Zeugnisses über ein Bewuchsschutzsystem durch eine andere Vertragspartei**

(1) Auf Ersuchen der Verwaltung kann eine andere Vertragspartei die Besichtigung eines Schiffes veranlassen und diesem nach Maßgabe dieses Übereinkommens ein Zeugnis ausstellen oder ausstellen lassen und, sofern angebracht, bestätigen oder bestätigen lassen, wenn sie sich davon überzeugt hat, dass diesem Übereinkommen entsprochen worden ist.

(2) Der ersuchenden Verwaltung werden so bald wie möglich eine Abschrift des Zeugnisses und eine Abschrift des Besichtigungsberichts übermittelt.

(3) Ein solches Zeugnis muss die Feststellung enthalten, dass es auf Ersuchen der in Absatz 1 genannten Verwaltung ausgestellt wurde; es hat dieselbe Gültigkeit wie ein von der Verwaltung ausgestelltes Zeugnis und wird ebenso anerkannt.

(4) Einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, der keine Vertragspartei ist, darf kein Zeugnis ausgestellt werden.

### **Regel 4**

#### **Gültigkeit eines internationalen Zeugnisses über ein Bewuchsschutzsystem**

(1) Ein nach Regel 2 oder 3 ausgestelltes Zeugnis wird in jedem der nachstehenden beiden Fälle ungültig:

- a) wenn das Bewuchsschutzsystem geändert oder ersetzt und das Zeugnis nicht nach Maßgabe dieses Übereinkommens bestätigt wurde;
- b) sobald das Schiff zur Flagge eines anderen Staates überwechselt. Ein neues Zeugnis wird nur ausgestellt, wenn die das neue Zeugnis ausstellende Vertragspartei sich vergewissert hat, dass das Schiff diesem Übereinkommen entspricht. Bei einem Überwechseln zwischen Vertragsparteien übermittelt die Vertragspartei, deren Flagge das Schiff bisher zu führen berechtigt war, wenn sie innerhalb von drei Monaten nach dem Überwechseln darum ersucht wird, der Verwaltung so bald wie möglich eine Abschrift der von dem Schiff vor dem Überwechseln mitgeführten Zeugnisse sowie, falls vorhanden, eine Abschrift der entsprechenden Besichtigungsberichte.

(2) Die Ausstellung eines neuen Zeugnisses durch eine Vertragspartei für ein Schiff, das von einer anderen Vertragspartei gewechselt hat, kann auf der Grundlage einer erneuten Besichtigung oder auf der Grundlage eines gültigen Zeugnisses erfolgen, das von der Vertragspartei, deren Flagge das Schiff früher zu führen berechtigt war, ausgestellt worden war.

### **Regel 5**

#### **Erklärung über ein Bewuchsschutzsystem**

(1) Die Verwaltung schreibt vor, dass ein in der Auslandsfahrt eingesetztes Schiff mit einer Länge von 24 Metern oder mehr und einer Bruttoreaumzahl von weniger als 400, auf das Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Anwendung findet (ausgenommen feste oder schwimmende Plattformen, schwimmende Lagereinheiten und schwimmende Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten), eine vom Eigentümer oder von dessen ermächtigtem Beauftragten unterzeichnete Erklärung mitführen muss. Dieser Erklärung müssen geeignete Unterlagen beigelegt sein (beispielsweise eine Empfangsquittung für die Farbe oder eine Fabrikrechnung) oder sie muss eine entsprechende Bestätigung enthalten.

(2) Die Erklärung wird auf einem Formblatt abgegeben, das dem in Anhang 2 zu dieser Anlage wiedergegebenen Mustervordruck entspricht; sie muss zumindest in englischer, französischer oder spanischer Sprache abgefasst sein. Wird auch eine Amtssprache des Staates verwendet, dessen Flagge das Schiff zu führen berechtigt ist, so ist bei Streitigkeiten oder voneinander abweichenden Formulierungen der Wortlaut in dieser Sprache maßgebend.

Anhang 1 zu Anlage 4

Mustervordruck
des internationalen Zeugnisses über ein Bewuchsschutzsystem

Internationales Zeugnis
über ein Bewuchsschutzsystem

(Dieses Zeugnis ist durch eine Spezifikation der Bewuchsschutzsysteme zu ergänzen.)

(amtliches Siegel)

(Staat)

Ausgestellt nach dem
Internationalen Übereinkommen über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen

im Namen der Regierung von

(Bezeichnung des Staates)

durch

(ermächtigte Person oder Stelle)

Sofern bereits ein Zeugnis ausgestellt worden ist, ersetzt das vorliegende Zeugnis das am ..... ausgestellte Zeugnis.

Angaben zum Schiff<sup>1)</sup>

Name des Schiffes .....
Unterscheidungssignal .....
Registerhafen .....
Bruttoreaumzahl .....
IMO-Nummer<sup>2)</sup> .....

Während oder nach dem Bau dieses Schiffes ist kein Bewuchsschutzsystem auf- oder angebracht worden, das einer Beschränkungsmaßnahme im Sinne der Anlage 1 unterliegt .....

Ein Bewuchsschutzsystem, das einer Beschränkungsmaßnahme im Sinne der Anlage 1 unterliegt, ist früher auf diesem Schiff auf- oder angebracht, jedoch am ..... (Datum) von ..... (Name der Einrichtung einsetzen) entfernt worden. ....

Ein Bewuchsschutzsystem, das einer Beschränkungsmaßnahme im Sinne der Anlage 1 unterliegt, ist früher auf diesem Schiff auf- oder angebracht, jedoch am ..... (Datum) mit einer Versiegelungsdeckschicht überzogen worden, die von ..... (Name der Einrichtung einsetzen) aufgebracht worden ist. ....

Ein Bewuchsschutzsystem, das einer Beschränkungsmaßnahme im Sinne der Anlage 1 unterliegt, ist auf diesem Schiff vor dem ..... (Datum)<sup>3)</sup> auf- oder angebracht worden, muss jedoch vor dem ..... (Datum)<sup>4)</sup> entfernt oder mit einer Versiegelungsdeckschicht überzogen werden. ....

Hiermit wird bescheinigt, dass

- 1. das Schiff nach Regel 1 der Anlage 4 des Übereinkommens besichtigt worden ist und
2. die Besichtigung ergeben hat, dass das Bewuchsschutzsystem auf dem Schiff den anwendbaren Vorschriften der Anlage 1 des Übereinkommens entspricht.

1) Abweichend hiervon können die Angaben zum Schiff auch waagrecht in Kästchen angeordnet werden.
2) In Übereinstimmung mit dem von der Organisation mit Entschliebung der Versammlung A.600(15) angenommenen IMO-Schiffsidentifikationsnummern-System.
3) Tag des Wirksamwerdens der Beschränkungsmaßnahme.
4) Tag des Ablaufs jeder in Artikel 4 Absatz 2 oder in Anlage 1 genannten Umsetzungsfrist.



Mustervordruck  
einer Spezifikation der Bewuchsschutzsysteme

**Spezifikation der Bewuchsschutzsysteme**

Diese Spezifikation ist dem internationalen Zeugnis über ein Bewuchsschutzsystem dauerhaft beizuheften.

**Angaben zum Schiff**

Name des Schiffes .....

Unterscheidungssignal .....

IMO-Nummer .....

Einzelheiten zu dem/den auf- oder angebrachten Bewuchsschutzsystem(en)

Art(en) des/der verwendeten Bewuchsschutzsystems/Bewuchsschutzsysteme .....

Datum/Daten der Auf- oder Anbringung des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Name(n) des Unternehmens/der Unternehmen und der Einrichtung(en)/Örtlichkeit(en), in dem/der/denen die Auf- oder Anbringung erfolgt ist .....

Name(n) des/der Hersteller(s) des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Bezeichnung(en) und Farbe(n) des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Wirksame(r) Bestandteil(e) und seine/ihre Chemical-Abstracts-Service-Registriernummer(n) (CAS-Nummer[n]) .....

Gegebenenfalls Art(en) der Versiegelungsdeckschicht .....

Gegebenenfalls Bezeichnung(en) und Farbe(n) der aufgetragenen Versiegelungsdeckschicht .....

Datum der Aufbringung der Versiegelungsdeckschicht .....

Hiermit wird bescheinigt, dass diese Spezifikation in jeder Hinsicht zutreffend ist.

Ausgestellt in .....

(Ort der Ausstellung der Spezifikation)

.....  
(Datum der Ausstellung)

.....  
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Spezifikation ausstellt)

**Bestätigung betreffend die Spezifikation<sup>5)</sup>**

Hiermit wird bescheinigt, dass eine nach Regel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Anlage 4 des Übereinkommens vorgeschriebene Besichtigung ergeben hat, dass das Schiff dem Übereinkommen entspricht.

Einzelheiten zu dem/den auf- oder angebrachten Bewuchsschutzsystem(en)

Art(en) des/der verwendeten Bewuchsschutzsystems/Bewuchsschutzsysteme .....

Datum/Daten der Auf- oder Anbringung des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Name(n) des Unternehmens/der Unternehmen und der Einrichtung(en)/Örtlichkeit(en), in dem/der/denen die Auf- oder Anbringung erfolgt ist .....

Name(n) des/der Hersteller(s) des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Bezeichnung(en) und Farbe(n) des Bewuchsschutzsystems/der Bewuchsschutzsysteme .....

Wirksame(r) Bestandteil(e) und seine/ihre Chemical-Abstracts-Service-Registriernummer(n) (CAS-Nummer[n]) .....

Gegebenenfalls Art(en) der aufgebrauchten Versiegelungsdeckschicht .....

Gegebenenfalls Bezeichnung(en) und Farbe(n) der aufgebrauchten Versiegelungsdeckschicht .....

Datum der Aufbringung der Versiegelungsdeckschicht .....

Gezeichnet: .....  
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Spezifikation ausstellt)

Ort: .....

Datum<sup>6)</sup>: .....

(Siegel oder Stempel der Behörde)

<sup>5)</sup> Diese Seite der Spezifikation ist zu vervielfältigen und der Spezifikation beizufügen, wenn dies von der Verwaltung als erforderlich erachtet wird.

<sup>6)</sup> Datum des Abschlusses der Besichtigung, aufgrund deren die vorliegende Bestätigung eingetragen worden ist.

**Anhang 2 zu Anlage 4**

Mustervordruck  
der Erklärung über ein Bewuchsschutzsystem

**Erklärung über ein Bewuchsschutzsystem**

Ausgestellt nach dem  
Internationalen Übereinkommen über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen

Name des Schiffes .....

Unterscheidungssignal .....

Heimathafen .....

Länge .....

Bruttoreaumzahl .....

IMO-Nummer (sofern vergeben) .....

Ich erkläre, dass das auf diesem Schiff verwendete Bewuchsschutzsystem der Anlage 1 dieses Übereinkommens entspricht.

.....  
(Datum) (Unterschrift des Eigentümers oder seines ermächtigten Beauftragten)

Bestätigung betreffend das/die auf- oder angebrachte(n) Bewuchsschutzsystem(e)

Art(en) des/der verwendeten Bewuchsschutzsystems/Bewuchsschutzsysteme sowie Datum/Daten der Auf- oder Anbringung

.....  
(Datum) (Unterschrift des Eigentümers oder seines ermächtigten Beauftragten)

Art(en) des/der verwendeten Bewuchsschutzsystems/Bewuchsschutzsysteme sowie Datum/Daten der Auf- oder Anbringung

.....  
(Datum) (Unterschrift des Eigentümers oder seines ermächtigten Beauftragten)

Art(en) des/der verwendeten Bewuchsschutzsystems/Bewuchsschutzsysteme sowie Datum/Daten der Auf- oder Anbringung

.....  
(Datum) (Unterschrift des Eigentümers oder seines ermächtigten Beauftragten)



## Denkschrift

### I. Allgemeines

Die Internationale Konferenz über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme für Schiffe hat am 5. Oktober 2001 das „Internationale Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen“ (AFS-Übereinkommen) angenommen. Es tritt nach Artikel 18 zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem wenigstens 25 Staaten, deren Handelsflotten insgesamt mindestens 25 Prozent des Bruttoreumgehalts der Handelsflotte der Welt ausmachen, das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Nach dem Stand vom Oktober 2007 haben 25 Staaten, die 38,09 Prozent der Welthandelsflotte repräsentieren, das Übereinkommen ratifiziert. Durch die Ratifikation Deutschlands wird der Anteil um 1,6 Prozent steigen. Panama hat am 17. September 2007 seine Ratifikationsurkunde hinterlegt. Damit wird auch ohne deutschen Beitritt das erforderliche Quorum erreicht, sodass das Übereinkommen am 17. September 2008 völkerrechtlich in Kraft treten wird. Damit zu diesem Deutschland Vertragspartei sein kann, muss das Gesetzgebungsverfahren so rechtzeitig abgeschlossen sein, dass die deutsche Urkunde spätestens am 17. Juni 2008 hinterlegt werden kann.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben am 14. April 2003 auf Vorschlag der Kommission die Verordnung (EG) Nr. 782/2003 über das Verbot zinnorganischer Verbindungen auf Schiffen (ABl. EU 2003 Nr. L 115 S. 1) erlassen (TBT-Verordnung). Sie ist am 10. Mai 2003 in Kraft getreten und soll sicherstellen, dass in der EU die Verwendungsverbote des Übereinkommens für tributylhaltige Schiffsanstriche unabhängig von seinem Inkrafttreten greifen. Diese Verordnung spiegelt aber nicht den Inhalt des gesamten Übereinkommens wider, sodass sie als in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht nur als Teilumsetzung betrachtet werden kann.

### II. Zu den einzelnen Vorschriften des Übereinkommens von 2001

Das AFS-Übereinkommen besteht neben einer Präambel aus 21 Artikeln und vier Anlagen, wobei Anlage 4 zwei Anhänge hat.

#### Zur Präambel

Die Präambel enthält die Erwägungsgründe, die zur Entwicklung des Übereinkommens geführt haben. Sie verweist insbesondere darauf, dass verschiedene Instrumente zum Schutz der Meeresumwelt auffordern.

#### Zu Artikel 1 (Allgemeine Verpflichtungen)

Die Vorschrift regelt die allgemeinen Verpflichtungen der Vertragsparteien zur Durchführung, Durchsetzung und Einhaltung des Übereinkommens sowie zur Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien.

#### Zu Artikel 2 (Begriffsbestimmungen)

Die Vorschrift enthält die für die Zwecke dieses Übereinkommens erforderlichen Begriffsbestimmungen.

#### Zu Artikel 3 (Anwendungsbereich)

Die Vorschrift regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens. Es gilt mit Ausnahme der hoheitlich betriebenen Schiffe für alle Schiffe der Vertragsparteien ungeachtet der Fahrzeuggröße, weil die schädliche Wirkung zinnorganhaltiger Verbindungen bereits durch geringste Mengen ausgelöst werden kann. Für hoheitlich betriebene Schiffe stellen die Vertragsparteien sicher, dass der Inhalt des Übereinkommens so weit wie möglich auf sie angewendet wird.

Absatz 3 bestimmt, dass Schiffe von Nichtvertragsparteien nicht günstiger als Schiffe der Vertragsparteien behandelt werden dürfen. Das Verwendungsverbot zinnorganhaltiger Anstriche folgt aus Artikel 5 Abs. 2 der TBT-Verordnung. Für den Nachweis, dass solche Schiffe mit einem übereinkommenskonformen Bewuchsschutzsystem versehen sind, werden in die genannte Verordnung entsprechende Vorschriften eingestellt. Als ergänzende Vorschrift genügt deshalb das bei Artikel 4 genannte Befahrensverbot.

#### Zu Artikel 4 (Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen)

Absatz 1 bestimmt Verwendungsverbote für schädliche Bewuchsschutzsysteme. Anlage 1 enthält dazu die Vorgaben, dass ab

- Januar 2003 solche Systeme auf Schiffe nicht mehr aufgebracht werden,
- Januar 2008 solche Systeme auf Schiffen nicht mehr vorhanden sein dürfen.

Dabei steht es den Eigentümern frei, ob sie vorhandene zinnorganhaltige Anstriche entfernen und durch zinnorganfreie ersetzen oder so versiegeln, dass der Austritt von TBT ausgeschlossen ist. Solche Verwendungsverbote gelten nach den Artikeln 4 und 5 der TBT-Verordnung für Schiffe, die die Flagge eines Mitgliedstaats der EU führen oder unter seiner Hoheitsgewalt betrieben werden, schon jetzt, für Schiffe anderer Flaggen, die einen europäischen Hafen anlaufen, ab 1. Januar 2008. Insofern bedarf es keiner weiteren Umsetzungsmaßnahmen.

Absatz 1 verlangt von den Vertragsstaaten aber auch, wirksame Maßnahmen einzuführen, die die Einhaltung der Vorschriften sicherstellen. Kontrollen und Überprüfungen sind besonders geregelt, sodass darunter ergänzende Maßnahmen zu verstehen sind.

Das Inverkehrbringen solcher schädlichen Stoffe ist bereits verboten nach § 1 i. V. m. Nr. 9 bis 11 des Anhangs der Chemikalien-Verbotsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juni 2003 (BGBl. I S. 867), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2382) geändert worden ist. Dies gilt nach § 18 i. V. m. Anhang IV Nr. 3 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 7 Abs. 2 und Nr. 8 Abs. 2 der Gefahrstoffverordnung vom 23. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3758, 3759), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 12. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2382) geändert worden ist, ebenso für die Verwendung schädlicher Stoffe. Davon sind jeweils Quecksilber-, Arsen- und zinnorganische Verbindungen

in Antifouling-Farben betroffen. Soweit es um das Aufbringen solcher Stoffe auf Schiffen geht, sind ergänzende Vorschriften nicht erforderlich.

Bisher nicht geregelt ist aber, was geschieht, wenn ein Schiff verbotswidrig noch mit einem solchen Bewuchsschutzsystem versehen ist. Ein effektives Mittel stellt ein Befahrensverbot dar; es kann durch Verordnung auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Seeaufgabengesetzes geregelt werden. Eine gesetzliche Regelung ist nicht erforderlich.

Absatz 2 enthält Übergangsvorschriften, wonach Schiffe ihr vorhandenes Bewuchsschutzsystem bis zur nächsten planmäßigen Erneuerung, längstens bis fünf Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens, beibehalten dürfen. Artikel 5 der TBT-Verordnung hat bereits abweichende schärfere Übergangsfristen bestimmt. Danach dürfen Schiffe, die die Flagge eines EU-Mitgliedsstaates zu führen berechtigt sind, seit 1. Januar 2003 und Schiffe anderer Flaggen, die einen EU-Hafen anlaufen, ab 1. Januar 2008 kein schädliches Bewuchsschutzsystem mehr aufweisen. Eine abweichende Regelung ist nicht möglich.

#### **Zu Artikel 5 (Kontrollmaßnahmen in Bezug auf Abfälle im Sinne der Anlage 1)**

Die Vorschrift fordert geeignete innerstaatliche Maßnahmen zur Beseitigung der Abfälle aus der Aufbringung oder Entfernung eines Bewuchsschutzsystems.

Dazu bestehen in Deutschland bereits ausreichende Rechtsvorschriften. Sie folgen aus den §§ 5 und 11 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1462) geändert worden ist, über die umweltverträgliche Abfallbeseitigung. Die Technischen Regeln über Gefahrstoffe (TRGS) 401 (BArbBl. 2006 S. 42), die die bisherigen TRGS 516/Antifouling-Farben (BArbBl. 1996 S. 67) ersetzen, enthalten Vorgaben bei Tätigkeiten mit schädlichen Stoffen zum Schutz der menschlichen Gesundheit, die zugleich umweltschützend wirken.

#### **Zu Artikel 6 (Vorschlagsverfahren für die Änderung von Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen)**

#### **und 7 (Facharbeitsgruppen)**

Die Vorschriften enthalten Verfahrensregelungen, dass und wie nach Maßgabe der Anlagen 2 und 3 Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme (Anlage 1) geändert werden können. Dafür sind ergänzende Vorschriften nicht erforderlich.

#### **Zu Artikel 8 (Wissenschaftliche und technische Forschung und Überwachung)**

Die Vorschrift dient der Forschungsförderung für die Zwecke dieses Übereinkommens und seiner Weiterentwicklung.

Einer ausdrücklichen Umsetzungsbestimmung bedarf es nicht. Es genügt, Forschung über Bewuchsschutzsysteme in Forschungsprogramme aufzunehmen.

#### **Zu Artikel 9 (Übermittlung und Austausch von Informationen)**

Bei dem vorgesehenen Datenaustausch nach Absatz 1 geht es um

- ein Verzeichnis der Besichtigter und anerkannter Stellen zur Weiterleitung an die Vertragsparteien zur Unterrichtung ihrer Bediensteten,
- zugelassene, beschränkte oder verbotene Bewuchsschutzsysteme.

Die Entscheidung über solche Bewuchsschutzsysteme erfolgt auf der Grundlage chemikalienrechtlicher Verfahren. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als fachlicher Ansprechpartner der IMO wird die entsprechenden Informationen der nationalen Anmeldestelle der IMO übermitteln.

Nach Absatz 3 müssen anderen Vertragsparteien auf deren Anforderung Details über Bewuchsschutzsysteme mitgeteilt werden. Dazu kann auch der Hersteller verpflichtet werden. Dabei geht es um eine Maßnahme, die in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb eingreift und als die Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen verstanden werden kann. Sie bedarf deshalb einer besonderen ergänzenden Umsetzungsvorschrift. Dabei kann allerdings auf die Regelung eines ähnlichen Sachverhalts im Chemikalienrecht zurückgegriffen werden.

#### **Zu Artikel 10 (Besichtigungen und Zeugniserteilung)**

Die Vorschrift enthält die flaggenstaatliche Verpflichtung für die Vertragsparteien, Schiffe nach Maßgabe der Anlage 4 zu besichtigen und ihnen die entsprechenden Zeugnisse auszustellen.

Die Zuständigkeit der See-Berufsgenossenschaft folgt aus § 6 Abs. 1 des Seeaufgabengesetzes, weil es sich um eine Aufgabe der Überwachung der zur Abwehr von Gefahren für die Meeresumwelt vorgeschriebenen Bauart und Einrichtung und Erteilung der entsprechenden Zeugnisse handelt. Für das Verfahren gilt § 9 Abs. 1 der Schiffssicherheitsverordnung vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 3013, 3023), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 27. August 2007 (BGBl. I S. 2193) geändert worden ist. Dies setzt voraus, dass das Übereinkommen in die Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz (Abschnitt A) aufgenommen wird, damit es innerstaatlich zum Bestand der internationalen Schiffssicherheitsregelungen gehört. Darüber hinaus muss Anlage 2 Abschnitt A und B der Schiffssicherheitsverordnung angepasst werden.

#### **Zu Artikel 11 (Überprüfung von Schiffen und Aufdecken von Verstößen)**

Die Vorschrift legt die Kriterien fest, nach denen die an Schiffen vorhandenen Bewuchsschutzsysteme überprüft werden, und schreibt vor, wie zu verfahren ist, wenn Verstöße festgestellt werden.

Nach Absatz 1 ist die Überprüfung im Grundsatz auf eine Kontrolle der Zeugnisse oder die Entnahme einer kleinen Probe des vorhandenen Systems zu beschränken.

Absatz 2 lässt eine genaue Überprüfung nur in konkreten Verdachtsfällen zu. Eine solche Überprüfung ist nach Maßgabe von IMO-Richtlinien durchzuführen.

Soweit solche Richtlinien den Stand der Technik – z. B. wie Proben zu nehmen sind – widerspiegeln, sind sie nach Maßgabe des § 6 Abs. 4 des Schiffssicherheitsgesetzes bekannt zu machen. Soweit sie Verwaltungsverfahren beschreiben, werden sie als Allgemeine Verwaltungsvorschrift im Verkehrsblatt bekannt gemacht.

Absatz 3 Satz 1 erlaubt als Maßnahmen gegen Schiffe, die gegen das Übereinkommen verstoßen, die Verwarnung, das Festhalten, die Verweisung aus dem Hafen und ein Anlaufverbot für die Häfen.

Absatz 3 Satz 2 und Abs. 4 beschreiben das Verfahren der Zusammenarbeit bei Verstößen von Schiffen gegen das Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 7 der TBT-Verordnung schreibt Überprüfungen im Rahmen der Hafenstaatkontrolle unter Berücksichtigung des Artikels 11 des Übereinkommens vor. Da das Übereinkommen bis zum 1. Januar 2007 nicht in Kraft getreten ist, wird die Europäische Kommission im Komitologieverfahren eigenständige Kontrollvorschriften erlassen, die bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens unmittelbar gelten werden.

Für die Zeit ab Inkrafttreten des Übereinkommens können ergänzende innerstaatliche Vorschriften erforderlich werden, die durch Verordnung geregelt werden können:

Als zuständige Stelle für die Hafenstaatkontrolle ist die See-Berufsgenossenschaft bestimmt (§ 12 Abs. 1 der Schiffssicherheitsverordnung).

Sofern bis dahin das Übereinkommen Gegenstand der Pariser Vereinbarung vom 26. Januar 1982 über die Hafenstaatkontrolle (BGBl. 2004 II S. 190; 2005 II S. 1205; 2007 II S. 748, 1058) geworden ist, gilt in Bezug auf das anzuwendende Verfahren § 12 Abs. 2 der Schiffssicherheitsverordnung. Andernfalls wäre § 12 um eine Vorschrift zu ergänzen, die die Durchführung der Hafenstaatkontrolle unter Berücksichtigung der Entschliefungen MEPC.105(49) (Richtlinien für die Überprüfung von Bewuchsschutzsystemen an Schiffen, VkB1. 2007 S. 677) und MEPC.104(49) (Richtlinien für die Entnahme kleiner Stichproben des Bewuchsschutzsystems an Schiffen, VkB1. 2007 S. 661) vom 18. Juli 2003 regelt.

§ 12 Abs. 4 der Schiffssicherheitsverordnung regelt, mit wem die See-Berufsgenossenschaft in Angelegenheiten der Hafenstaatkontrolle zusammenarbeitet. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der genannten Pariser Vereinbarung sind hier insbesondere erwähnt, sodass eine Änderung der Vorschrift zur ausdrücklichen Ausdehnung auf die Behörden der Vertragsparteien des Übereinkommens nicht erforderlich ist.

#### **Zu Artikel 12 (Verstöße)**

Die Vorschrift verbietet Verstöße gegen das Übereinkommen und verlangt von den Vertragsparteien, entsprechende Strafvorschriften zu erlassen. Sie enthält derzeit aber keine Vorschriften, die unmittelbar bewehrt werden könnten. Soweit sich Verstöße nicht bereits unter vorhandene umweltstrafrechtliche Vorschriften subsumieren lassen, müssen für den Fall entsprechender künftiger Änderungen des Übereinkommens fehlende Ordnungswidrigkeitenvorschriften geschaffen werden. Dafür kann auf die §§ 9c und 15 Abs. 1 Nr. 2 des Seeaufgabengesetzes zurückgegriffen werden (siehe Begründung zu Artikel 5).

#### **Zu Artikel 13 (Unangemessenes Auf- oder Festhalten von Schiffen)**

Absatz 1 verlangt von den Vertragsparteien, bei festgestellten Verstößen und deren Ahndung zu vermeiden, dass das betroffene Schiff unangemessen fest- oder aufgehalten wird.

Andernfalls ist nach Absatz 2 der erlittene Schaden auszugleichen. Diese Vorschrift ist jedoch nicht als Anspruchsgrundlage gestaltet. Sie ist für solche Maßnahme in § 3e des Seeaufgabengesetzes in Bezug auf verschiedene Übereinkommen bereits enthalten und muss in Bezug auf dieses Übereinkommen ergänzt werden. Dies setzt voraus, dass das Übereinkommen in die Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz (Abschnitt A) aufgenommen wird, damit es innerstaatlich zum Bestand der internationalen Schiffssicherheitsregelungen gehört.

#### **Zu Artikel 14 (Beilegung von Streitigkeiten)**

Die Vorschrift bestimmt, wie Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über das Abkommen beizulegen sind. Eine besondere gesetzliche Regelung, die die Bundesregierung in der Wahl der nach Artikel 14 in Betracht kommenden Mittel beschränkt, ist nicht erforderlich.

#### **Zu Artikel 15 (Verhältnis zum internationalen Seerecht)**

Die Vorschrift stellt klar, dass das Übereinkommen keinen Vorrang vor dem Völkergewohnheitsrecht beansprucht.

#### **Zu Artikel 16 (Änderungen)**

Die Vorschrift regelt die Verfahren für Änderungen des Übereinkommens und seiner Anhänge und die Bedingungen und Umstände für deren Inkrafttreten. Dabei ist berücksichtigt, dass der Anwendungsbereich des Übereinkommens auf andere Stoffe in Schiffsanstrichen ausgedehnt wird, wenn sich deren Gefährlichkeit erweist.

#### **Zu Artikel 17 (Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt)**

Die Vorschrift enthält die Regeln dafür, dass, wie und unter welchen Bedingungen ein Staat Vertragspartei des Übereinkommens werden kann.

#### **Zu Artikel 18 (Inkrafttreten)**

Die Vorschrift regelt, wann und unter welchen Umständen das Übereinkommen in Kraft tritt.

#### **Zu Artikel 19 (Kündigung)**

Die Vorschrift lässt die Kündigung des Übereinkommens frühestens zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten zu und bestimmt das dafür einzuhaltende Verfahren.

#### **Zu Artikel 20 (Verwahrer)**

Die Vorschrift bestimmt den Generalsekretär der IMO als Verwahrer und bestimmt seine ihm nach diesem Übereinkommen obliegenden Aufgaben.

**Zu Artikel 21 (Sprachen)**

Die Vorschrift enthält die übliche Regelung über die verbindlichen (sechs) Sprachen des Übereinkommens.

**Zu Anlage 1 (Maßnahmen zur Beschränkung des Einsatzes von Bewuchsschutzsystemen)**

Die Anlage enthält den Zeitplan für die Anwendung des Übereinkommens. Er ist faktisch obsolet geworden, weil das Übereinkommen nicht vor dem 1. Januar 2008 in Kraft treten wird und deshalb bei Inkrafttreten kein Schiff mehr zinnorganische Verbindungen aufweisen darf.

**Zu Anlage 2 (Vorgeschriebene Bestandteile eines ersten Vorschlags)****und 3 (Vorgeschriebene Bestandteile eines umfassenden Vorschlags)**

Die Anlagen enthalten detaillierte Regelungen darüber, wie und mit welchen Angaben Änderungen der Anlage 1 und die Bewertung von Bewuchsschutzsystemen vorgeschlagen werden können.

**Zu Anlage 4 (Besichtigungen und Vorschriften über die Erteilung von Zeugnissen für Bewuchsschutzsysteme)****Anhang 1 (Internationales Zeugnis über ein Bewuchsschutzsystem)****Anhang 2 (Spezifikation der Bewuchsschutzsysteme)**

Die Anlage bestimmt die Einzelheiten für die Besichtigung der Schiffe und die Ausstellung und Bestätigung von Zeugnissen über die Übereinstimmung des Bewuchsschutzsystems mit dem Übereinkommen. Dazu enthalten Anhang 1 das Muster des Internationalen Zeugnisses und Anhang 2 das Muster für die Spezifikation der jeweils aufgebrachten Bewuchsschutzsysteme.

**Anlage 2****Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des o. g. Gesetzes auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Für die Wirtschaft wird eine neue Informationspflicht und für die Verwaltung zwei neue Informationspflichten eingeführt. Die daraus erwachsenden Belastungen schätzt das Bundesministerium gering ein. Für Bürgerinnen und Bürger werden keine Informationspflichten eingeführt, abgeschafft oder geändert.

Der Nationale Normenkontrollrat hat daher im Rahmen seines gesetzlichen Prüfungsauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.